

China auf der Weltbühne

_____ **Schwerpunkt:** Wie eine Weltmacht ihren Einfluss ausweitet _____ **Meinung:** Der Ebola-Ausbruch gehört im größeren Kontext betrachtet _____ **Aus aller Welt:** Konsequenzen aus der Anerkennung der Sklaverei als schlimmstes Menschheitsverbrechen _____ **DEval-Meinungsmonitor:** Zustimmung zu Entwicklungsausgaben wächst _____



Meinung — 5

- 5 Der jüngste Ebola-Ausbruch in der DR Kongo trifft auf ein durch Gewalt und Unterfinanzierung geschwächtes Gesundheitssystem**
Jasmin Behrends und Stephanie Johanssen
- 8 Dauerhafter Frieden in der Sahelzone hängt weniger von ausländischen Militärs ab als davon, dass die Missstände der Tuareg, Klimaprobleme und Regierungsversagen angegangen werden**
Olayinka Ajala
- 12 Wie sich Elon Musk mit SpaceX Einfluss auf Regierungshandeln sichert und das globale Gemeinwohl untergräbt**
Hans Dembowski

„Musk bietet Aussichten, wie einzelne Menschen oder Staaten die ökologische Weltkatastrophe überstehen könnten, aber nichts, was die Menschheit als Ganze auf sicherere Bahnen lenken kann.“

Hans Dembowski, S. 12

Der Ebola-Ausbruch zeigt, wie wichtig es ist, in Prävention zu investieren, S. 5.



Foto: picture alliance / AP Photo/Moses Sawasawa / Moses Sawasawa

Aus aller Welt — 15

- 15 Eine wegweisende UN-Resolution, in der die Sklaverei als das schwerste Verbrechen der Menschheit anerkannt wird, gibt Forderungen nach Wiedergutmachung Auftrieb**
Dasmani Laary
- 18 Die Zustimmung der Deutschen zu EZ-Ausgaben nimmt wieder zu, das legt der DEval-Meinungsmonitor nahe**
Helge Zille
- 21 Im südafrikanischen Vaal-Dreieck offenbaren Schließungen von Stahlwerken und steigende Arbeitslosigkeit die Folgen der Deindustrialisierung**
Nathalie Bertrams und Tristen Taylor
- 25 Wie es nach 2030 mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung weitergehen könnte: vier Szenarien**
Johannes Kummerow und Jörn Geißelmann
- 29 Heutzutage: Was es heißt, unter Präsident Sisi in Ägypten Journalist zu sein**
Mostafa Nabil



Foto: Nathalie Bertrams

In Südafrika sind die Auswirkungen von Deindustrialisierung sichtbar, S. 21.

31 — Schwerpunkt — China auf der Weltbühne

32 Pekings Präsenz im Globalen Süden wächst, bei geänderter Kredit-Strategie
Jörg Döbereiner

33 China hat seinen Erfolg weder kommunistischer Dogmatik noch marktwirtschaftlicher Orthodoxie zu verdanken, sondern Pragmatismus
Interview mit Stefan Dercon

37 Zahlen und Fakten zu Chinas Entwicklung
Lucia Deon

39 Wie afrikanische Länder darum ringen, den starken Einfluss Pekings mit ihren eigenen Vorstellungen in Einklang zu bringen
Ronald Ssegujja Ssekandi

43 Während das Engagement westlicher Medien nachlässt, baut China seine Präsenz in der afrikanischen Medienlandschaft aus
Alphonse Shiundu

47 Wie China sich international für mehr staatliche Kontrolle des Internets einsetzt
Isah Shafiq

50 Pekings Exportpolitik wirkt sich sowohl positiv als auch negativ auf Entwicklungs- und Schwellenländer aus
Wolfgang Krieger

54 Weshalb chinesische Infrastrukturprojekte in Lateinamerika pro-demokratische Einstellungen der lokalen Bevölkerung fördern
Marcela Ibáñez und Alain Schläpfer

Foto: tololola / Adobe Stock

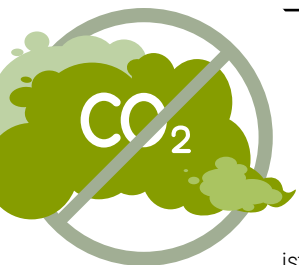
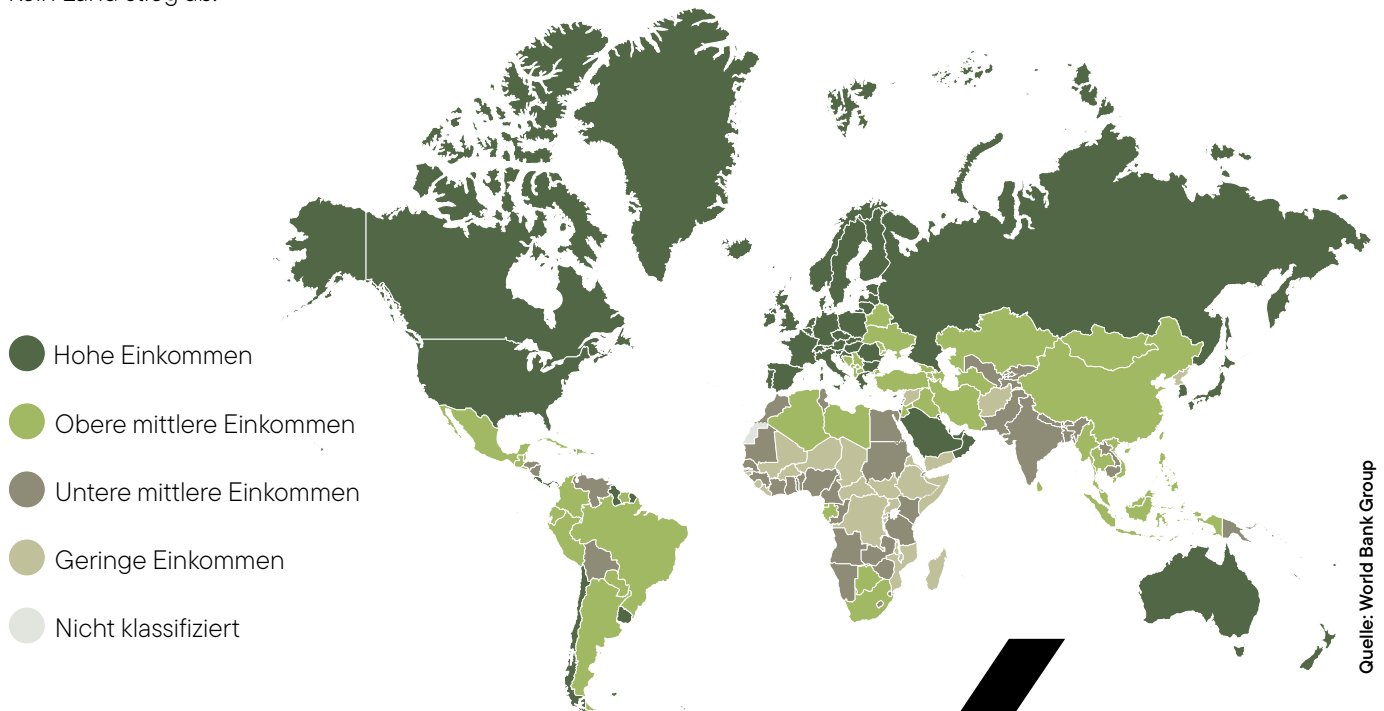


Titel: Foto von tololola / Adobe Stock.

China prägt den Alltag vieler Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Zu den Gründen für den wachsenden Einfluss zählen Exportstärke und massive Investitionen in Infrastruktur. Große staatliche Kredite für Baumaßnahmen im Globalen Süden hat China in den vergangenen Jahren aber zurückgefahren. Afrikanische Staaten zahlen an China inzwischen mehr zur Tilgung ihrer Schulden, als sie von Peking an frischen Krediten empfangen. Für westliche Demokratien geht es mehr denn je darum zu zeigen, dass ihre Angebote im umfassenden Sinne nachhaltiger sind als jene des autoritären Regimes in Peking.

Sechs Länder klettern in höhere Einkommenskategorie

Die Weltbank hat ihre Ländereinkommensklassifizierungen für 2026-2027 veröffentlicht. Togo stieg von der Kategorie „geringe Einkommen“ in „untere mittlere Einkommen“ auf. Jordanien, Mikronesien, die Philippinen, Sri Lanka und Vietnam entwickelten sich von „untere mittlere Einkommen“ zu „obere mittlere Einkommen“. Kein Land stieg ab.



Die gute Nachricht

Während der Rest der Welt noch immer versucht, die in früheren Jahren festgelegten Klimaziele zu erreichen, ist das Himalaya-Land Bhutan seiner Zeit voraus. Dank seines konsequenten Festhaltens an der eigenen Verfassung und seines Engagements für das Wohlergehen seiner Bürger*innen ist es Bhutan gelungen, das erste Land der Welt zu werden, das CO₂-negativ ist. Da seine Gründungsgesetze vorsehen, dass 60 % der Landesfläche für die Forstwirtschaft erhalten bleiben müssen, hat das Land ideale Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung niedriger CO₂-Werte geschaffen.

Darüber hinaus betrachtet Bhutans nationale Philosophie, das „Bruttonationalglück“ (Gross National Happiness, GNH), ökologische Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Entwicklung als sich ergänzende Ziele und nicht als konkurrierende Prioritäten. Das Land arbeitet mit einer erweiterten Definition von Fortschritt und bezieht auch ein, was andernorts als Einschränkung angesehen wird. Somit hat Bhutan gezeigt, dass ein inklusiverer Ansatz zu größerem Erfolg führen kann.

6. Januar

Auf diesen Tag fiel 2026 der Fat Cat Day: der Tag, an dem die CEOs der 100 im wichtigsten britischen Aktienindex gelisteten Unternehmen bereits mehr verdient hatten als ein*e durchschnittliche*r Arbeiter*in im ganzen Jahr. Das geht aus Berechnungen des Thinktanks High Pay Centre hervor. Demnach liegt das Median-Gehalt der CEOs bei rund 1780 Dollar pro Stunde.

Unter der Annahme, dass die Bosse 62,5 Stunden pro Woche arbeiten, hatten sie damit schon am Vormittag des dritten Arbeitstags in diesem Jahr das jährliche Median-Einkommen durchschnittlicher Arbeiter*innen übertroffen. In Ländern wie Brasilien ist die Kluft sogar noch größer: Laut einer gemeinsamen Analyse von Oxfam und dem Internationalen Gewerkschaftsbund müsste ein*e durchschnittlicher Arbeitnehmer*in hier 490 Jahre arbeiten, um ein CEO-Jahresgehalt zu verdienen.

DEMOKRATISCHE
REPUBLIK KONGO



GESUNDHEIT

Ebola ist nicht der einzige Notfall

Der aktuelle Ebola-Ausbruch darf nicht isoliert betrachtet werden. Er trifft auf ein Gesundheitssystem, das durch jahrelange Konflikte, Vertreibung und chronische Unterfinanzierung bereits an seine Grenzen gebracht wurde. Um Ebola erfolgreich einzudämmen, müssen wir deshalb weit mehr als ein Virus bekämpfen.

VON JASMIN BEHRENDTS UND STEPHANIE JOHANSEN

Masern-Ausbrüche, epidemische Ausmaße von Malaria, schwangere Frauen, die keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben – die medizinischen Bedürfnisse in der ostkongolesischen Provinz Ituri und in der gesamten Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) sind enorm, sagt Maria Mashako, medizinische Koordinatorin bei Ärzte ohne Grenzen. „Und das waren sie bereits vor dem jüngsten Ebola-Ausbruch.“

„Die Versorgung bricht nun vollständig zusammen“, berichtet Mashako weiter. „Selbst Routineimpfungen für Kinder laufen derzeit nicht weiter. Das ist eine tickende Zeitbombe, die uns noch vor erhebliche Herausforderungen für die öffentliche Gesundheit stellen wird.“

Die Provinz Ituri bleibt das Epizentrum des Ausbruchs mit den meisten aller bestätigten Fälle des durch das Bundibugyo-Virus verursachten Ebolafiebers. Der mittlerweile 17. Ausbruch von Ebolafieber in der DR Kongo wurde Mitte Mai 2026 durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) festgestellt und breitet sich weiter aus. Anfang Juli wurden über 1700 Infektionen bestätigt und Hunderte Todesopfer registriert. Extrem begrenzte Diagnose- und Laborkapazitäten machen eine effektive Erfassung und damit Nachverfolgung weiterhin sehr schwierig.

KONFLIKTE UND DESINFORMATION

Inmitten dieser tödlichen Epidemie gehen die seit Jahren anhaltenden schweren Kämpfe zwischen der von Ruanda

unterstützten Rebellengruppe M23, der kongolesischen Armee und den jeweils unterstützenden Gruppierungen weiter. Humanitäres Völkerrecht wird von allen Seiten missachtet und massive Gewalt, darunter sexualisierte Gewalt, gegen die Zivilbevölkerung verübt. Es fehlt aktuell auch an ernsthaften politischen Bestrebungen, Friedensabkommen umzusetzen. Selbst medizinische Einrichtungen werden nicht von Gewalt verschont. Immer wieder kommt es zu tödlichen Angriffen auf Gesundheitspersonal.

Viele Menschen haben zudem kein Vertrauen in das ohnehin geschwächte Gesundheitssystem. Die Armut in der Region ist extrem, und trotzdem müssen sie Behandlungen oft aus eigener Tasche bezahlen. Gemeinschaften haben bereits beängstigende Ebola-Ausbrüche erlebt – oft mit traumatischen Erfahrungen, bei denen sie Angehörige verloren haben, von denen sie sich nicht angemessen verabschieden konnten. Oft fehlten auch Informationen zum genauen Krankheitsverlauf. Solche Erinnerungen prägen die Wahrnehmung von aktuellen Maßnahmen. Eine einseitige, auf Ebola ausgerichtete Reaktion könnte außerdem den Eindruck der Bevölkerung bestärken, dass ihre sonstigen Gesundheitsbedürfnisse weniger zählen.

Auch ein aus wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen geleiteter Ansatz wäre in der aktuellen Lage fatal. Zu oft leiten rohstoffbezogene Interessen die Entscheidungs-

„Viele Menschen haben kein Vertrauen in das ohnehin geschwächte Gesundheitssystem.“

gen mächtiger – und oft externer – Akteure in der DR Kongo, und nicht die Prioritäten und Bedarfe der kongolesischen Bevölkerung. Es braucht einen kooperativen und vertrauensvollen Ansatz, der Ängste und Bedürfnisse ernst nimmt und Barrieren und Stigmata abbaut. Dazu gehört, dass Menschen sich sicher fühlen, indem ihnen etwa trotz Isolation der Kontakt mit Familien ermöglicht wird und sie so früh in Gesundheitszentren kommen.

FORSCHUNG ZU SELTENEN EBOLAVIREN NICHT PROFITABEL GENUG

Obwohl das Bundibugyo-Ebolavirus bereits seit 2007 bekannt ist, gibt es bis heute weder zugelassene Impfstoffe noch Medikamente, und auch effektive Diagnostika bleiben schwer zugänglich. Diese Forschungslücken sind kein wis-



Ein isolierter Patient in einem Behandlungszentrum in der Provinz Ituri im Osten der DR Kongo.

senschaftliches, sondern vor allem ein politisches und wirtschaftliches Problem: Für pharmazeutische Unternehmen gilt die Forschung zu seltenen Ebolaviren nicht als profitabel. Für Gesundheitsteams vor Ort bedeutet das, dass häufig nur unterstützende Behandlung wie Flüssigkeitsgabe und Symptomkontrolle möglich ist. Dabei ist bei der Eindämmung von Epidemien vor allem eines entscheidend: Geschwindigkeit.

Eigentlich hätte sich eine solche massive Vernachlässigung nicht wiederholen dürfen. Nach dem großen Ausbruch in Westafrika im Jahr 2014 dauerte es bis zum Jahr 2020, bis erstmals wirksame Medikamente gegen das damals zirkulierende Ebolavirus auf den Markt kamen. Während Länder wie die USA große Medikamentenvorräte aufgebaut haben, fehlt betroffenen Ländern bis heute ein schneller, verlässlicher und vor allem bezahlbarer Zugang zu medizinischen Hilfsmitteln. Deshalb müssen an öffentliche Forschungsgelder von Anfang an verbindliche Zugangsbedingungen geknüpft werden, damit neue Produkte dort verfügbar sind, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

518 MILLIONEN DOLLAR BENÖTIGT

Die WHO und die afrikanische Gesundheitsbehörde Africa Centres for Disease Control and Prevention (Africa CDC) haben einen regionalen Plan zur Eindämmung des Ausbruchs vorgelegt. Insgesamt 518 Millionen Dollar werden benötigt, um betroffene Länder in Afrika zu unterstützen.

Länder wie Deutschland verfügen über erhebliche politische, wissenschaftliche und medizinische Kapazitäten, um zur Eindämmung des Ausbruchs beizutragen. Die jüngst angekündigten zusätzlichen Mittel in Höhe von 13 Millionen Euro von Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan sind daher ein wichtiges Signal. Entscheidend ist, dass daraus auch langfristige politische Verantwortung entsteht.

Deutschland kann jetzt zeigen, dass sein Anspruch, ein verlässlicher Partner in der globalen Gesundheit zu sein, auch in Krisenzeiten trägt. Dafür sind vor allem drei Dinge entscheidend:

1. Es braucht eine ressortübergreifend koordinierte politische Führung. Angesichts der jüngsten Umstrukturierungen in den beteiligten Ministerien sind klare Zuständigkeiten und eine enge Abstimmung zwischen Auswärtigem Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und Gesundheitsministerium entscheidend. Dafür könnten – wie bereits 2014 – auch besondere Koordinierungsmechanismen, etwa ein*e Sonderbeauftragte*r, sinnvoll sein.
2. Deutschland muss seine Unterstützung für die humanitäre Hilfe und den Ausbau resilienter Gesundheitssysteme

weiter stärken. Dazu gehören insbesondere Investitionen in Diagnostik-, Labor- und Surveillance-Kapazitäten sowie in die Versorgung der betroffenen Bevölkerung vor Ort.

3. Die Bundesregierung sollte verlässliche Evakuierungs- und Behandlungsmöglichkeiten für humanitär Helfende schaffen. Wer in einem Ausbruch im Einsatz ist, muss sich auf eine schnelle und sichere medizinische Versorgung verlassen können. Deutschland hat die Expertise und die Behandlungskapazitäten, um diese Sicherheit zu unterstützen.

Der Ebolafieber-Ausbruch zeigt erneut, dass Epidemien nicht allein im Labor oder im Krankenhaus eingedämmt werden. Sie können nur bezwungen werden, wo Gesundheitssysteme gestärkt und Forschung öffentlich finanziert werden – und wo Menschen Vertrauen in die medizinische Versorgung haben. Wer nur auf den aktuellen Ausbruch reagiert, wird beim nächsten erneut überrascht werden. Wenn die Weltgemeinschaft jetzt nachhaltig investiert, schützt sie Menschen auch in zukünftigen Epidemien.

Ärzte ohne Grenzen ist bereits seit vielen Jahren in der DR Kongo tätig und arbeitet eng mit den lokalen Gesundheitsbehörden zusammen. Als Reaktion auf den Ebola-Ausbruch hat die Organisation ihre Nothilfemaßnahmen deutlich ausgeweitet: Über 1400 Mitarbeitende sind speziell für die Eindämmung des Ausbruchs im Einsatz. Die Teams betreiben derzeit sieben Ebola-Behandlungszentren und über 15 Isolationszentren in den betroffenen Regionen Ituri und Nord- und Süd-Kivu, unterstützen lokale Gesundheitseinrichtungen, schulen medizinisches Personal und liefern Schutzmaterialien.



JASMIN BEHRENDTS

arbeitet als Referentin für globale Gesundheit in der politischen Abteilung von Ärzten ohne Grenzen Deutschland (Médecins Sans Frontières).

jasmin.behrends@berlin.msf.org



STEPHANIE JOHANSEN

arbeitet als Referentin für humanitäre Hilfe in der politischen Abteilung von Ärzten ohne Grenzen Deutschland (Médecins Sans Frontières).

stephanie.johanssen@berlin.msf.org

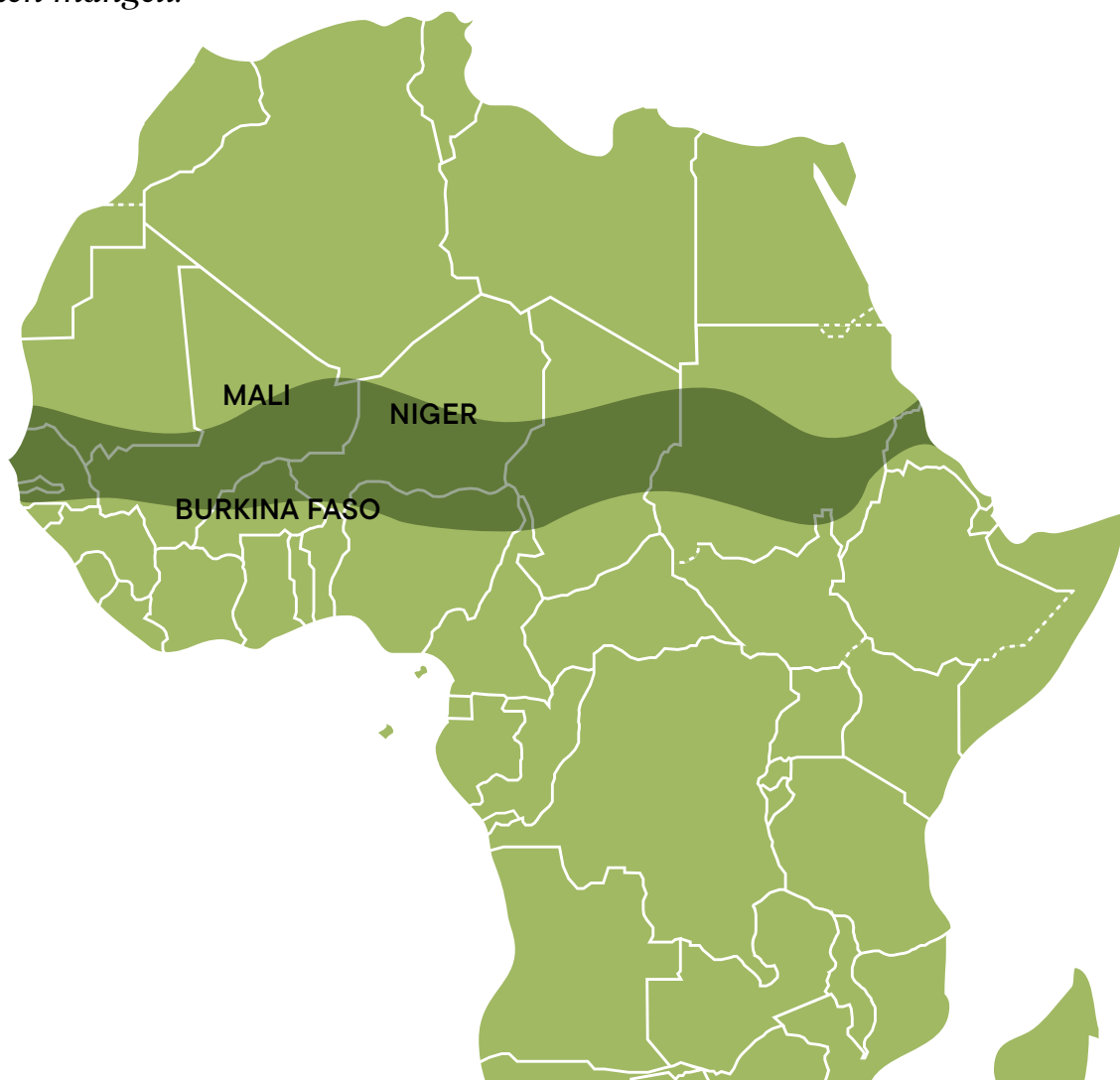
KONFLIKT

Warum militärische Lösungen in der Sahelzone immer wieder scheitern

Ein dauerhafter Frieden in der Sahelzone hängt weniger von ausländischen Militärpartnern ab als davon, dass die Missstände der Tuareg, klimatische Belastungen und Regierungsversagen angegangen werden. Bewaffnete Gruppen nutzen diese Umstände weiterhin aus, insbesondere dort, wo es den Staaten an Legitimität und öffentlichem Vertrauen mangelt.

VON OLAYINKA AJALA

SAHELZONE



Als die Militärregierungen von Mali, Niger und Burkina Faso die französischen Streitkräfte aus ihren Ländern vertrieben und sich Russland als neuem Sicherheitspartner zuwandten, sahen viele darin eine geopolitische Neuausrichtung. Für die Bürger*innen dieser Länder spiegelte diese Veränderung jedoch tiefer liegende Probleme wider: Die jahrelange internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus hat weder Sicherheit noch Stabilität oder Entwicklung gebracht.

Die Lage in Mali ist derzeit besonders prekär. Seit 2012, als Tuareg-Aufständische im Norden Malis eine Rebellion starteten, haben bewaffnete Gruppen ihren Einfluss innerhalb des Landes und in der gesamten Sahelzone stetig ausgebaut. Hunderttausende wurden vertrieben, und das Wirtschaftswachstum stagnierte.

Etwa ein Jahrzehnt später fegte eine Welle von Militärputschen über die Region hinweg. Als Hauptgrund für die Machtübernahmen wurde die Unfähigkeit der demokratischen Führung genannt, die Sicherheitslage zu stabilisieren. Die aktuelle Debatte wird weiterhin von den Themen Terrorismus, ausländische Interventionen und Rivalitäten zwischen den Großmächten dominiert. Diese Themen sind zwar wichtig, stehen jedoch nicht im Mittelpunkt des Problems.

Denn die Krise in der Sahelzone ist in erster Linie politischer Natur. Bewaffnete Gruppen in der Region haben nicht nur aufgrund der Schwäche der Staaten an Einfluss gewonnen, sondern auch, weil sich viele Bürger*innen von den Regierungen, die vorgeben, sie zu vertreten, ausgegrenzt, vernachlässigt und entfremdet fühlen. Aufständische Gruppen nutzen diese Situation aus, indem sie benachteiligte junge Menschen für ihre Reihen rekrutieren.

Solange diese Probleme nicht gelöst sind, dürften weder militärische Operationen noch neue internationale Bündnisse zu einem dauerhaften Frieden führen.

DER AUFSTAND, DER NIE WIRKLICH ENDETE

Die Krisen in Mali reichen Jahrzehnte zurück und begannen bereits vor dem Aufkommen dschihadistischer Gruppen. Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1960 haben die Tuareg-Gemeinschaften im Norden den aufeinanderfolgenden Regierungen wiederholt politische Ausgrenzung, unzureichende Investitionen und wirtschaftliche Vernachlässigung vorgeworfen.

Zwischen den Tuareg und der Zentralregierung in Bamako wurden mehrere Friedensabkommen unterzeichnet, die eine stärkere Teilhabe und Entwicklung versprechen, doch ihre Umsetzung hat keine spürbaren Auswirkungen ge-

zeigt. Dies schürt Misstrauen und Unzufriedenheit, die sich über Generationen hinweg aufgebaut haben.

Die Spannungen erreichten 2012 mit dem großen Tuareg-Aufstand ihren Höhepunkt. Tuareg, die nach Nordafrika geflohen waren und nach dem Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi mit Waffen aus Libyen zurückkehrten, schlossen sich mit islamistischen Aufständischen zusammen, um Regierungsinstitutionen in mehreren Teilen des Landes anzugreifen. Der Angriff veränderte die Sicherheitslage in der Region dramatisch. Was als nationalistischer Aufstand begann, verknüpfte sich bald mit dschihadistischen Gruppierungen und kriminellen Netzwerken.

Seit dem Aufstand von 2012 richtet sich die nationale und internationale Aufmerksamkeit zunehmend auf den Terrorismus. Viele Gemeinden im Norden Malis sind jedoch der Ansicht, dass Themen wie politische Vertretung, staatliche Legitimität und lokale Regierungsführung nie angemessen angegangen wurden. Sie wurden schlichtweg von der Sicherheitsdebatte in den Hintergrund gedrängt.

WARUM FRANKREICH DEN KAMPF UM LEGITIMITÄT VERLOREN HAT

Auf Ersuchen der malischen Regierung griff Frankreich 2013 mit der Operation „Serval“ ein, was von vielen Malier*innen zunächst begrüßt wurde. Die von Frankreich geführte Operation stoppte den Vormarsch der islamistischen Milizen nach Süden und verhinderte den Zusammenbruch der malischen Regierung. In der Folge schalteten sich auch die UN im Rahmen der United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA) ein.

Im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung des gewalttätigen Extremismus entsandte Frankreich Tausende Soldat*innen in die Sahelzone. Trotz dieser ausländischen Intervention – die mit erheblichen internationalen Finanzmitteln und jahrelangen Anti-Terror-Einsätzen einherging – hat sich die Sicherheitslage in vielen Gebieten seitdem verschlechtert.

In der Bevölkerung breitete sich Enttäuschung aus, da die Menschen auf eine Verbesserung der Sicherheitslage gehofft hatten, stattdessen jedoch zunehmende Gewalt, sich verschlechternde Lebensbedingungen und immer instabilere staatliche Institutionen erlebten. Die Folge war ein Anstieg fremdenfeindlicher Stimmungen, insbesondere anti-französischer Ressentiments, in der gesamten Region.

Nach einer langen Phase erfolgloser Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung wurde Frankreich zunehmend mit dem misslichen Status quo in Verbindung gebracht. Viele sind der Ansicht, dass Frankreichs Präsenz in der Sahelzone ausschließlich dem Schutz seiner politischen und wirtschaftli-



Soldaten bei der Beerdigung des ehemaligen Verteidigungsministers von Mali, Sadio Camara. Er kam im April bei einem islamistischen Anschlag in Mali ums Leben.

chen Interessen diene. Ob diese Wahrnehmung gänzlich gerechtfertigt war, ist zweitrangig angesichts der Tatsache, dass sie politischen Rückhalt gewann. In der gesamten Sahelzone begannen Politiker*innen und Bürger*innen gleichermaßen, nach alternativen Partnerschaften zu suchen.

RUSSLANDS VOR- UND NACHTEILE

Als die Unzufriedenheit mit den traditionellen westlichen Verbündeten zunahm, nutzte Russland diese Enttäuschung aus. Indem sich Moskau als Alternative zu den westlichen Partnern präsentierte, hat es seinen Einfluss in Mali und anderen Teilen der Sahelzone erfolgreich ausgebaut.

Während sich die Partnerschaft mit den westlichen Verbündeten auf Fragen der Demokratie, Regierungsführung und Menschenrechte konzentriert hat, bietet die Zusammenarbeit mit Russland in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft den Regierungen in der Sahelzone eine alternative Partnerschaft, die politische Flexibilität ermöglicht und diesen Themen weniger Gewicht beimisst.

Der Wechsel der Sicherheitspartner hat die Krisen in der Region jedoch nicht gelöst. Die Ursachen der Instabilität bestehen weiterhin. Die Bevölkerung der Sahelzone leidet nach wie vor unter Armut, Ausgrenzung, mangelhafter öffentlicher Versorgung und begrenzter politischer Vertretung. Bewaffnete Gruppen nutzen diese Frustrationen wei-

terhin aus. Das hat zu einem Rückschlag für die Demokratie in der Region geführt: Seit 2020 gab es fünf erfolgreiche Staatsstriche in Mali, Niger und Burkina Faso.

DER KLIMAWANDEL VERSCHÄRFT EINE OHNEHIN SCHON DRAMATISCHE LAGE

Die Region ist mit zunehmend unvorhersehbaren Niederschlägen, anhaltenden Dürren und einer gravierenden Umweltzerstörung konfrontiert. Gemeinden, die vom Ackerbau, der Weidewirtschaft und natürlichen Ressourcen leben, stehen unter beispiellosem Druck.

Zwar verursacht der Klimawandel Konflikte nicht direkt, doch hat er bestehende Feindseligkeiten verschärft. Mit dem Rückgang der Weideflächen hat sich der Wettbewerb zwischen Hirtinnen und Hirten und sesshaften Bäuerinnen und Bauern intensiviert, insbesondere um Ressourcen und vor allem um Wasser. Das hat weitere Auswirkungen auf die Lebensgrundlagen der Menschen. Wenn diese zusammenbrechen, nutzen bewaffnete Gruppen die Situation aus. Sie steigern ihre Rekrutierungszahlen, indem sie benachteiligten Einheimischen alternative Möglichkeiten zur Sicherung ihres Lebensunterhalts anbieten.

Ironischerweise haben einige Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels – beispielsweise Großprojekte wie der Bau von Solarparks oder Biokraftstoffplantagen – weitere Probleme

me verursacht. Jüngste Feldforschungen deuten darauf hin, dass Klimaschutzmaßnahmen bestehende Spannungen verschärfen können, insbesondere wenn sie lokale Gegebenheiten außer Acht lassen, anstatt sich auf Initiativen zu konzentrieren, die von den Gemeinden selbst getragen werden.

WAS POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER*INNEN IMMER WIEDER ÜBERSEHEN

Die bisherige internationale Reaktion auf die Probleme in der Sahelzone konzentrierte sich vor allem auf die Terrorismusbekämpfung. In den letzten zehn Jahren floss ein beträchtlicher Teil der Mittel in Militärhilfe, Sicherheitskooperation und Stabilisierungsmaßnahmen. Doch die Gewalt hält an.

Die Sahelzone hat eine der jüngsten Bevölkerungen der Welt, deren Potenzial für eine bedeutende wirtschaftliche Entwicklung bislang ungenutzt geblieben ist. Die aktuelle Unterstützung für Militärputsche unter jungen Menschen verdeutlicht deren Enttäuschung über die aufeinanderfolgenden demokratischen Regierungen.

Die Politik sollte in Programme zur Jugendbeschäftigung, berufliche Bildung und Förderung von Unternehmertum investieren und gleichzeitig den Zugang zu guter Bildung und digitalen Kompetenzen ausweiten. Ebenso wichtig ist es, sinnvolle Möglichkeiten für politische Teilhabe und bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. Durch die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Marginalisierung können Regierungen die Anziehungskraft bewaffneter Gruppen verringern, den sozialen Zusammenhalt stärken und den demografischen Vorteil der Region für eine nachhaltige Entwicklung nutzen.

Darüber hinaus tragen die Staaten die Verantwortung, ihre Bürger*innen vor bewaffneten Gruppen zu schützen. Militärische Maßnahmen allein können jedoch keine Krisen lösen, deren Ursachen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur sind. Alternative Mechanismen zur Terrorismusbekämpfung, die sich auf ethnische und regionale Missstände konzentrieren, sind der Schlüssel zu langfristigem Frieden in der Region. Dasselbe Prinzip gilt für den gesamten Sahelraum. Menschen, die wenig Vertrauen in staatliche Institutionen haben, werden Regierungen nicht als legitime Ansprechpartner in den Bereichen Entwicklung oder Sicherheit ansehen.

Die Tuareg-Frage veranschaulicht diese Realität deutlich. Eine Gemeinschaft, die sich von den nationalen politischen Strukturen ausgeschlossen fühlt, lässt sich langfristig nicht durch Gewalt befrieden. Niger ist es beispielsweise gelungen, die Tuareg bis zu einem gewissen Grad zu integrieren. Unter Präsident Mahamadou Issoufou griff Niger einige der Anliegen der Tuareg im Land auf und bezog sie in die Regierung ein, was dazu beitrug, die Gruppe zu besänftigen.

Frieden erfordert mehr als nur die Bekämpfung von Aufständischen. Zuerst müssen die Umstände angegangen werden, die das Entstehen von Rebellionen überhaupt ermöglichen. Die Erfahrungen des vergangenen Jahrzehnts zeigen, dass kein ausländischer Akteur und keine ausländische Intervention eine legitime und rechenschaftspflichtige Regierungsführung ersetzen kann. Dauerhafter Frieden lässt sich nicht importieren; er muss innerhalb der eigenen Landesgrenzen aufgebaut werden.

EINE POLITISCHE LÖSUNG FÜR EINE POLITISCHE KRISE

Letztendlich wird die Zukunft Malis und der gesamten Sahelzone nicht von der jüngsten Militäroperation, einer ausländischen Allianz oder einer Sicherheitsinitiative bestimmt werden. Sie wird davon abhängen, ob es den Regierungen gelingt, das Vertrauen der marginalisierten Gemeinschaften wiederherzustellen, ihnen eine sinnvolle politische Vertretung zu gewähren und wirtschaftliche Perspektiven für Bürger*innen zu schaffen, die sich seit Langem vom Staat im Stich gelassen fühlen.

Die Lehre, die aus jahrzehntelangen Krisen zu ziehen ist, liegt auf der Hand: Der Terrorismus ist nicht die eigentliche Ursache der Instabilität, sondern lediglich ein Symptom. Die Konflikte in der Sahelzone lassen sich nicht verstehen, ohne die Bedeutung historischer Missstände anzuerkennen, insbesondere in den Tuareg-Gemeinschaften. Sie lassen sich nicht lösen, ohne die klimatischen Belastungen anzugehen, die die Lebensgrundlagen der Menschen bedrohen. Und sie lassen sich nicht beenden, ohne Regierungsführung und Rechenschaftspflicht zu verbessern. Militärische Mittel können die Gewalt zwar vorübergehend eindämmen. Doch dauerhafter Frieden erfordert etwas weitaus Komplexeres: politische Gerechtigkeit.



OLAYINKA AJALA

ist Associate Professor für Politik und Internationale Beziehungen an der Leeds Beckett University in Großbritannien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Klimawandel, Konflikte, Frieden und Sicherheit in Afrika, insbesondere in der Sahelzone und Westafrika.

o.ajala@leedsbeckett.ac.uk



Proteste im Vorfeld des Börsengangs von SpaceX, der Elon Musk zum ersten Billionär weltweit machte.

OLIGARCHENTUM

Ein Schritt weiter in Richtung „Muskismus“

*Der Börsengang von SpaceX hat Elon Musk zum ersten Dollarbillionär der Welt gemacht. Dabei wurden Kleinanleger*innen abgezockt. Musks Geschäftsmodell beruht darauf, durch exklusive private Dienstleistungen staatliche Souveränität zu sichern, was ihm Einfluss auf Regierungshandeln verschafft. Mit mehr Geld kann Musk auch seinen rechtsautoritären Neigungen noch vehementen Ausdruck verleihen.*

VON HANS DEMBOWSKI

Wie Musk zum superreichen, politisch gut vernetzten Oligarchen aufstieg, beschreiben der Historiker Quinn Slobodian und der Technologieexperte Ben Tarnoff in ihrem Buch „Muskismus“. Sie warnen, er könne Wirtschaft und Gesellschaft des 21. Jahrhunderts ähnlich prägen, wie das Henry Ford im 20. Jahrhundert tat, dessen Fließbandproduktion weltweit die Industrie veränderte und zur Basis des „Fordismus“ wurde.

Ob Musks Geschäftsmodell ähnlich dominant wird, steht für die Autoren nicht fest, sie halten ein solches dystopisches Szenario aber für möglich. Musks Versprechen, so schreiben Slobodian und Tarnoff, ist in instabiler Weltlage Autarkie durch Technologie. So sichere er staatliche Souveränität, die dann aber von ihm und seinen Unternehmen abhängt. Wie das Buch ausführt, bemüht sich Musk, Wirtschaftsprozesse so weit wie möglich zu automatisieren und von menschlicher Tätigkeit zu reinigen, damit eine elitäre weiße Minderheit mit dieser Technik verschmelzen und sich zunehmend unangreifbar machen kann.

SPACE X STARTET DIE HÄLFTE ALLER RAKETEN

Das klingt wie Science-Fiction. Tatsächlich ist Musk auf diesem Weg mit SpaceX schon weit gekommen. Viele Staaten sind von diesem Konzern abhängig, der Satelliten ins All bringt und dessen Starlink-Netzwerk vielerorts Zugang zum Internet ermöglicht.

In den USA führte SpaceX im vergangenen Jahr circa 85 % aller Raketenstarts in eine Umlaufbahn durch, was etwa der Hälfte aller weltweiten Starts entspricht. Von Starlink hängen unter anderem die Streitkräfte der Ukraine ab. Weil Musk sein KI-Unternehmen xAI und die Social-Media-Plattform X (ehemals Twitter) in SpaceX integriert hat, spielt dieser Konzern auch im Medien- und Wissenssektor eine weltweite Rolle. Diese Sparten schreiben Verluste, haben durch den Börsengang aber eine Kapitalpritze erhalten.

Ungewöhnlich ist, dass Musk die alleinige Kontrolle über den Konzern behält. Seine Aktien haben ein höheres Stimmrecht als die an der Börse gehandelten, was den Einfluss anderer Anteilseigner begrenzt. Anders als normalerweise üblich, können sie ihn nicht zur Rechenschaft ziehen.

AKTIENEINFÜHRUNG ALS SCHNEEBALLSYSTEM

Der Börsengang vom 12. Juni hat Musk auf einen Schlag sehr viel reicher gemacht – aber Kleinanleger*innen abgezockt. Die Aktieneinführung war nämlich als Schneeballsystem angelegt, wie der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman auf Substack erläuterte. Dafür sorgten Regeländerungen, die wichtige Börsenindizes vollzogen – auf Musks Drängen und zu seinen Gunsten.

Bislang nahmen Indizes neue Aktien erst auf, wenn sich deren Kurs nach einigen Monaten stabilisiert hatte und einigermaßen berechenbar war. Das SpaceX-Papier kam – angeblich wegen seiner großen Bedeutung – aber schnell in den Nasdaq 100 und den FTSE Russell. Das gab der Aktie besonderen Schub, denn große Finanzunternehmen brauchen sie, wenn deren Fonds diese Aktienindizes widerspiegeln. Der so gestützte Kurs lockte Kleinanlegende, die fürchteten, eine Chance zu verpassen. Das werde sich als Irrtum erweisen, warnte Krugman bereits am 17. Juni – und tatsächlich fiel der Kurs bereits am 22. Juni wieder unter das Ausgabeniveau vom Börsengang zehn Tage zuvor.

Von Musk begeisterte Kleinanleger*innen, die eine große Chance witterten, haben also Anlagevermögen verloren. Das gilt zugleich aber auch für risikoscheue Kleinanleger*innen, die auf Index-Fonds setzen, falls diese Fonds SpaceX-Titel erwerben mussten. Der Plutokrat profitierte davon, dass lang etablierte Kapitalmarktregeln ausgesetzt worden waren. Sein Gesamtvermögen beträgt zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels aber wegen der Kursrückschläge knapp unter einer Billion Dollar. Weil auch andere Technologie-Aktien nachgaben, erlebten andere Silicon-Valley-Oligarchen ebenfalls Vermögenseinbußen.

Starökonom Krugman hatte gute Argumente für seine Prognose. Er wies zum Beispiel auf das krasse Missverhältnis hin, dass die Börsenkapitalisierung – also der Gesamtwert aller Aktien – von SpaceX wenige Tage nach dem Börsengang schon den von Amazon übertraf. Dabei schrieb SpaceX 2025 einen Verlust von knapp 5 Milliarden Dollar, und sein Umsatz von knapp 19 Milliarden Dollar lag deutlich unter den 78 Milliarden Dollar, die Amazon 2025 als Nettogewinn einfuhr.

VERKAUFTE TRÄUME

Krugman schreibt, der zeitweilige Billiardär Musk verstehe sich darauf, Träume zu verkaufen, obwohl viele seiner Visionen nie wahr würden:

- Musks Boring Company habe keine wirtschaftlich nützlichen Tunnel und kein alternatives Verkehrssystem („Hyperloop“) gebaut,
- es gebe keine vollständig selbstfahrenden Tesla-Taxis und
- Neuralink, die Musk-Firma, die mittels Implantaten Gehirne mit Rechnern vernetzen soll, steckt im Versuchsstadium fest.

Andere halten Musk für ein Genie, weil er die Raumfahrt für die Privatwirtschaft geöffnet habe. Sie übersehen die Rolle der US-Regierung. Der hohe Preis, den diese für seine

vielen, vermeintlich billigen Raktendienstleistungen zahlt, ist ihre langfristige Abhängigkeit von ihm.

Anfangen hatte der Trend 2001, als das Verteidigungsministerium unter Präsident George W. Bush hoffte, Rüstungsbeschaffung durch großzügigere Beauftragung privater Unternehmen billiger zu machen. In „Muskismus“ erläutern Slobodian und Tarnoff, wie Musk das nutzte, um sich ein Monopol für Raumfahrtdienste zu schaffen. Ihnen zufolge lässt Musk sich von Science Fiction inspirieren, ist aber auch geprägt von der Festungsmentalität der herrschenden weißen Minderheit im Apartheids-Südafrika, in dem er aufwuchs.

„Der hohe Preis, den die US-Regierung für Musks viele, vermeintlich billige Raktendienstleistungen zahlt, ist ihre langfristige Abhängigkeit von ihm.“

KEIN INTERESSE AN NACHHALTIGKEIT

Musk sieht die Menschheit in einem existenziellen Endkampf, bei dem er sich entweder durchsetzen oder untergehen wird. Was dabei nicht vorkommt, ist Nachhaltigkeit. Musk bietet Aussichten, wie einzelne Menschen oder Staa-

ten die ökologische Weltkatastrophe überstehen könnten, aber nichts, was die Menschheit als ganze auf sicherere Bahnen lenken kann.

Entsprechend wickelte Musk als Sonderbeauftragter von US-Präsident Donald Trump nach dessen Rückkehr ins Weiße Haus Anfang 2025 sofort die Entwicklungsbehörde USAID ab. Gesundheitsversorgung, Bildung oder auch nur Nahrung für alle im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der UN passen nicht zum Muskismus. Er ist vielmehr das ökonomische Äquivalent der autoritären Vision Donald Trumps, Supermächte dürften unseren Planeten unter sich aufteilen und dann ohne Rücksicht auf andere beherrschen.

QUELLEN

Slobodian, Q. und Tarnoff, B., 2026: Muskismus – Aufstieg und Herrschaft eines Technoking. Suhrkamp Verlag, Berlin.

Krugman, P., 2026: Substack-Posts vom 12. und 17. Juni 2026. paulkrugman.substack.com



HANS DEMBOWSKI

war von 2004 bis 2024 Chefredakteur von E+Z.

dembowski@posteo.de

Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden.

Wir versenden ihn zweimal im Monat auf Deutsch und Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.



SKLAVEREI

„Anerkennung schafft Verantwortung“

*Die Anerkennung des Handels mit versklavten Afrikaner*innen und der rassistisch motivierten Leibeigenschaft als schwerwiegendstes Verbrechen der Menschheit durch die UN hat die weltweite Debatte über Entschädigungen neu ausgerichtet. Führende Stimmen aus Afrika und der Karibik machen deutlich, dass diese Anerkennung nun in konkrete Maßnahmen für Gerechtigkeit, Entwicklung und internationale Zusammenarbeit umgesetzt werden muss.*

VON DASMANI LAARY

Die Erklärung, dass Sklaverei das schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, und ihre Verabschiedung durch die Generalversammlung der UN beruhen auf einer einfachen, aber mächtigen Wahrheit: Sklaverei ist nicht nur eine historische Tragödie, sondern hat auch die moderne Welt geprägt.

Laut der Datenbank „SlaveVoyages“ wurden zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert etwa 12,5 Millionen Afrikaner*innen auf transatlantische Sklavenschiffe gezwungen, wobei rund 10,7 Millionen die Reise von Afrika nach Amerika überlebten. Millionen weitere starben bei ihrer Gefangennahme, auf Zwangsmärschen oder in Gefangenschaft. Hinter diesen Zahlen verbergen sich zerrissene Familien, zerstörte Gemeinschaften und zerschlagene Kulturen.

Der Sklavenhandel brachte immensen Reichtum hervor, der die Industrialisierung in Europa und Amerika ankurbelte, während viele afrikanische Gesellschaften durch Bevölkerungsrückgang, politische Zersplitterung und wirtschaftliche Ausbeutung geschwächt wurden. Diese Hinterlassenschaften prägen bis heute Entwicklungsprozesse und Ungleichheiten. Obwohl die Sklaverei im 19. Jahrhundert offiziell abgeschafft wurde, sind ihre Folgen nach wie vor tief in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen verankert.

Ghanas Präsident John Dramani Mahama, der der UN die historische Resolution zum Sklavenhandel vorlegte, betonte, dass die Aufarbeitung dieser Vergangenheit eine zukunftsorientierte Perspektive erfordere: „Die Geschichte verlangt von uns nicht, Schuld zu erben. Sie verlangt von uns, Verantwortung zu erben.“ Bei der Reparationsgerechtigkeit gehe es nicht darum, alte Wunden wieder aufzureißen, sondern eine gerechtere Zukunft zu gestalten und dabei eine auf Wahrheit beruhende Versöhnung anzustreben, so seine Argumentation.

JENSEITS DER ANERKENNUNG

Weniger als drei Monate nach der Verabschiedung der Resolution A/RES/80/250 durch die UN-Generalversammlung hat sich Accra zu einem Brennpunkt dieser Debatte entwickelt. Die Botschaft der dort im Juni unter dem Motto „Next Steps“ abgehaltenen hochrangigen Konsultationskonferenz war eindeutig: Anerkennung muss zum Handeln führen.

Seit Jahrzehnten konzentriert sich die Lobbyarbeit darauf, die formelle Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu erreichen. In Accra ging der Fokus weit über eine bloße Anerkennung hinaus. Die Teilnehmer*innen argumentierten, dass sich die auf Wiedergutmachung ausgerichtete Justiz zu einem Entwicklungs-



Foto: picture alliance / AP Photo/Reuben Ekow Quansah / Reuben Ekow Quansah

„Versklavte Frauen mussten sexuelle Gewalt, reproduktive Ausbeutung und die Trennung von ihren Familien erdulden, doch ihre Geschichten finden nach wie vor zu wenig Beachtung.“

rahmen wandeln müsse, der Institutionen stärkt und gerechte globale Partnerschaften fördert.

Die UN-Resolution vom 25. März 2026 stellte einen diplomatischen Meilenstein dar, doch die Staats- und Regierungschef*innen in Accra betonten, dass eine Anerkennung allein jahrhundertlangere Ungerechtigkeiten nicht wiedergutmachen könne. Wie Mahama es formulierte: „Die Verabschiedung der Resolution sollte niemals das Ende des Weges markieren. Sie sollte vielmehr die Grundlage für einen sinnvolleren Prozess des Engagements, der Reflexion und des Handelns bilden.“ Die Delegierten waren sich einig, dass eine Anerkennung nur von begrenztem Wert ist, wenn sie nicht zu konkreten Verbesserungen im Leben der Menschen führe.

DIE „ACCRA NEXT STEPS COMMITMENTS“

Im Mittelpunkt der Konferenz stand daher die Umsetzung der UN-Anerkennung in konkrete politische Maßnahmen. Das

Ergebnis der Konferenz, die „Accra Next Steps Commitments on Reparatory Justice“, erweitern das Konzept der Wiedergutmachung über die finanzielle Entschädigung hinaus.

Sie verbinden historische Rechenschaftspflicht mit Rechtsreformen, Bildung, öffentlicher Gesundheit, kultureller Wiedergutmachung, Schuldengerechtigkeit und Technologietransfer. Ihr Ziel ist klar: die Beseitigung struktureller Ungleichheiten, die ihre Wurzeln in der Sklaverei und im Kolonialismus haben. Mahama, dessen Initiative von 123 UN-Mitgliedstaaten unterstützt wurde – während sich alle westlichen Staaten der Stimme enthielten und die USA, Israel und Argentinien dagegen stimmten –, fasste die zentrale Prämisse prägnant zusammen: „Anerkennung schafft Verantwortung.“

Er betonte zudem die Bedeutung des Gedenkens: „Nur wenige Orte auf der Welt zeugen so anschaulich von dieser Geschichte wie unser Land. Von Elmina in der Zentral-

region über Cape Coast bis hin zu Assin Manso und Osu – unser Land beherbergt einige der sichtbarsten Zeugnisse eines Systems, das Millionen Menschen entwurzelt hat.“

Der nigerianische Nobelpreisträger Wole Soyinka bekräftigte diese Ansicht und warnte davor, die Sklaverei als abgeschlossenes Kapitel zu betrachten. Zeitgenössische Formen der Ausbeutung, darunter Menschenhandel und Zwangsarbeit, zeigten, dass „der Sklavenhandel noch nicht vorbei ist“.

Die „Accra Next Steps Commitments“ definieren die Reparationsgerechtigkeit neu als langfristige Entwicklungsagenda. Mahama forderte einen praktischen internationalen Fahrplan auf der Grundlage von „Wahrheitsfindung, Forschung, Bildung, Gedenkarbeit, Rückgabe des kulturellen Erbes und rechtlichen Wegen“ und betonte dabei die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, religiösen und internationalen Organisationen.

WAS REPARATIONEN BEINHALTEN KÖNNTEN

Die Premierministerin von Barbados, Mia Amor Mottley, bezeichnete den Moment als historisch. Für sie umfassen Reparationen stärkere Bildungssysteme, eine verbesserte Gesundheitsversorgung, Schuldenerlass und finanzielle Entschädigungen. Sie verwies auf den überarbeiteten Zehn-Punkte-Plan der Caribbean Community and Common Market (CARICOM) als Grundlage für koordiniertes Handeln zwischen Afrika und der Karibik und forderte beide Regionen nachdrücklich auf, eine gemeinsame Entwicklungsagenda zu verfolgen.

Aufbauend auf diesem Aufruf zum Handeln forderte der liberianische Präsident Joseph Boakai einen koordinierten afrikanischen Umsetzungsrahmen, der in Zusammenarbeit mit der CARICOM und Organisationen der Diaspora entwickelt werden soll, sowie eine Ausweitung der Forschung, Bildung und kulturellen Restitution.

Die Rolle der afrikanischen Diaspora war ein Schwerpunkt der Diskussionen. Mahama bezeichnete die Nachfahren versklavter Afrikaner*innen als „Rechtsträger“, deren Wissen und Erfahrungen den weiteren Weg prägen sollten. Die Teilnehmenden forderten eine engere Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Staaten, der CARICOM, der Afrikanischen Union, den UN und den Organisationen der Diaspora.

ENTSCHÄDIGUNG FÜR GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT IN DER SKLAVEREI

Auf der Konferenz wurde zudem die Notwendigkeit hervorgehoben, geschlechtsspezifische Erfahrungen in der Sklaverei zu thematisieren; im neuen Zehn-Punkte-Plan der CARICOM ist dies als konkrete Forderung nach Entschädi-

gung für geschlechtsspezifische Gewalt enthalten. Mahama wies darauf hin, dass versklavte Frauen sexuelle Gewalt, reproduktive Ausbeutung und Familientrennung erdulden mussten, ihre Geschichten jedoch nach wie vor kaum Beachtung finden. Die „Accra Commitments“ betonen daher geschlechtsspezifische Ansätze und erkennen an, dass wirksame Maßnahmen diese unterschiedlichen historischen Realitäten widerspiegeln müssen.

Um die Dynamik aufrechtzuerhalten, wurden drei internationale Gremien angekündigt: ein globales Beratungsgremium für Reparationsgerechtigkeit, ein Expertengremium für die Rückgabe von Kulturgütern und ein globales Rechtsgremium für Reparationsgerechtigkeit, das Wege im Rahmen des Völkerrechts ausloten soll. Von diesen Gremien wird erwartet, dass sie die Umsetzung durch politische Leitlinien, juristisches Fachwissen und technische Koordination unterstützen.

ANERKENNUNG IST NUR DER AUSGANGSPUNKT

Die Konferenz von Accra hatte nicht zum Ziel, jahrhundertlange Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen. Stattdessen schuf sie einen Rahmen, um deren anhaltende Folgen anzugehen. Die Botschaft war klar: Anerkennung ist nur der Ausgangspunkt.

Die Auswirkungen reichen über Afrika und die Karibik hinaus und werfen umfassendere Fragen hinsichtlich der historischen Rechenschaftspflicht und globalen Ungleichheit auf. Ob dieses Konzept erfolgreich sein wird, hängt vom politischen Engagement, ausreichenden Ressourcen und einer langfristigen Zusammenarbeit zwischen Regierungen, multilateralen Institutionen und der Zivilgesellschaft ab.

Die Anerkennung durch die UN hat die weltweite Debatte neu geprägt. In Accra wurde damit begonnen, die entsprechenden Maßnahmen zu erarbeiten. Nun gilt es zu prüfen, ob diese Dynamik zu messbaren Fortschritten für die Gesellschaften führt, die nach wie vor unter den Folgen des schwersten Verbrechens der Geschichte leiden.



DASMANI LAARY
ist Journalist in Ghana.
laarygna@gmail.com

ENTWICKLUNGSPOLITIK UND ÖFFENTLICHKEIT

Zustimmung der Deutschen zu EZ-Ausgaben nimmt wieder zu

Gut die Hälfte der Bevölkerung ist mit den staatlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) einverstanden oder möchte sie sogar erhöhen. Das zeigt der aktuelle DEval-Meinungsmonitor. Altruistische Motive für Entwicklungszusammenarbeit überzeugen die Befragten stärker als die Argumentation mit deutschen Eigeninteressen. Was daraus für die Inhalte und Kommunikation von EZ folgt.

VON HELGE ZILLE

Protest gegen Mittelkürzungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vor dem Bundeskanzleramt im Juli.



Foto: picture alliance/dpa / Michael Ukas

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit steht seit mehreren Jahren unter Druck. Zum einen kürzte die Bundesregierung die Mittel deutlich. Diesen Trend zu Kürzungen der Entwicklungsbudgets gibt es auch in anderen Ländern. Zum anderen sah sich die EZ starker öffentlicher Kritik ausgesetzt, deren vorläufiger Höhepunkt die Diskussion um eine Bezuschussung von Radwegen in Peru Anfang 2024 darstellte. Zwar flaute die Intensität der Kritik seither ab. Dennoch schlägt der deutschen EZ weiterhin starker Gegenwind entgegen, von Rufen nach Kürzungen bis hin zu Fake-News-Kampagnen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) reagierte auf diese Herausforderungen mit einem Anfang 2026 veröffentlichten Reformplan. Darin legt das Ministerium unter anderem einen größeren Fokus auf wirtschaftliche Interessen und den unmittelbaren Nutzen der EZ für Deutschland.

„Gute Kommunikation lohnt sich insbesondere auch deshalb, weil fast drei Viertel der Befragten nur wenig gefestigte Einstellungen zur EZ haben. Sie sind tendenziell zugänglich für Kommunikation.“

Wie bewertet in dieser Situation die deutsche Bevölkerung die deutsche Entwicklungspolitik? Immerhin gut zwei Drittel (68%) unterstützen sie im Juli 2025 grundsätzlich. Für die humanitäre Hilfe fällt die Unterstützung sogar noch etwas höher aus und liegt bei 76%. Zu diesem Ergebnis kommt der aktuelle Meinungsmonitor Entwicklungspolitik. Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) untersucht mit dem Meinungsmonitor seit 2018 die öffentliche Einstellung zu Entwicklungspolitik, das Wissen darüber sowie das Engagement der Bevölkerung im Politikfeld (siehe unten).

Eine knappe Mehrheit der Befragten (52%) befürwortet im November 2025 die aktuellen EZ-Ausgaben oder möchte

sie sogar erhöhen. Dieser Wert hat sich seit dem Tiefpunkt im Januar 2024 (47%) leicht erholt, bleibt jedoch deutlich unter dem breiten entwicklungspolitischen Konsens der Jahre 2019 bis 2022. Damals wollten rund zwei Drittel der Befragten die Ausgaben beibehalten oder erhöhen.

ZWEIFEL AN WIRKSAMKEIT DER EZ

Ihre kritische Haltung begründen die Befragten häufig mit Zweifeln daran, dass die deutsche EZ wirkungsvoll sei und die beabsichtigten Empfänger*innen erreiche. Auch vermuten sie, dass durch Korruption Gelder in den Partnerländern versickern.

Dass Deutschland sich die EZ nicht leisten könne, glaubt zwar nur eine Minderheit. Der Anteil hat sich aber zwischen 2019 und 2025 nahezu verdoppelt, von 15% auf 29%. Dies spiegelt die Tatsache, dass die deutsche EZ zunehmend mit Verteilungskonflikten konfrontiert ist.

Allerdings basieren die Kritikpunkte oft auch auf mangelndem Wissen. So sehen die Befragten zwar mehrheitlich Fortschritte bei der Bekämpfung der Kindersterblichkeit, der Bildung von Mädchen oder der weltweiten Impfquote. Sie unterschätzen diese Fortschritte aber deutlich. Die Mehrheit weiß zudem nichts vom wahrscheinlich größten Entwicklungserfolg der vergangenen 35 Jahre, der Reduzierung der extremen Armut von 44% auf 10% der Weltbevölkerung. Tatsächlich glauben 60% der Befragten, die weltweite Armut habe seit 1990 zugenommen.

EZ-AUSGABEN UM DAS ACHTZEHNFACHE ÜBERSCHÄTZT

Hinzu kommt, dass die Bevölkerung den Anteil der EZ-Ausgaben am deutschen Bruttonationaleinkommen seit Jahren massiv überschätzt. Statt den vermuteten rund 10% waren es 2025 nur 0,56%. Damit verfehlte Deutschland erneut die Zielmarke der ODA-Quote von 0,7%.

Nimmt die Bevölkerung die Wirksamkeit der EZ als zu gering wahr und überschätzt sie zugleich die EZ-Ausgaben deutlich, kann dies Kritik an einer „ineffizienten“ EZ befeuern. Dies gilt insbesondere angesichts der Finanzierungslücken und des Spardrucks im deutschen Renten-, Gesundheits- und Sozialsystem. Wenn in der Kommunikation hingegen stärker Entwicklungserfolge vermittelt werden, kann dies die Zustimmung zu EZ-Ausgaben erhöhen.

ALTRUISMUS ÜBERZEUGENDER ALS EIGENINTERESSEN

Ein möglicher Ansatz in der öffentlichen Kommunikation besteht darin, stärker zu betonen, dass die EZ einen konkreten Nutzen für Deutschland hat und Deutschlands wirtschaftlichen Interessen dient. Diese Argumentationslinie ist

auch im BMZ-Reformkonzept angelegt. Ob es auf diesem Weg gelingen kann, die Bevölkerung zu überzeugen, ist jedoch fraglich.

Im Meinungsmonitor stufen die Befragten vor allem altruistische Motive als überzeugend ein, etwa den Bedarf in den Partnerländern oder die Möglichkeit, mit wenigen Mitteln viel Gutes erreichen zu können. Selbst unter Gegner*innen der EZ finden altruistische Motive mehr Zustimmung als Motive, die am Eigeninteresse orientiert sind. DEval hat den Befragten zudem nach dem Zufallsprinzip Texte mit unterschiedlichen Motiven für EZ vorgelegt. Auch hier waren es altruistische Motive, die die Zustimmung zu EZ steigerten, während am Eigeninteresse orientierte Motive keinen Effekt auf die Zustimmung hatten.

EZ WEITER VERBESSERN UND EVIDENZBASIERT KOMMUNIZIEREN

Um langfristig auf eine breite Zustimmungsbasis in der Bevölkerung bauen zu können, sollte die EZ weiter an ihrer Substanz arbeiten. Eine auf Wirkungen hin ausgerichtete EZ, die Steuermittel noch effizienter nutzt und Korruption vermindert, trägt mittelfristig zur Akzeptanz in der Bevölkerung bei. Außerdem relevant: eine ehrliche und evidenzbasierte Kommunikation, in der sowohl Ergebnisse als auch breitere globale Entwicklungstrends thematisiert werden.

„Die Bevölkerung überschätzt den Anteil der EZ-Ausgaben am deutschen Brutto-nationaleinkommen seit Jahren massiv. Statt der vermuteten rund 10 % waren es 2025 nur 0,56 %.“

Gute Kommunikation lohnt sich insbesondere auch deshalb, weil fast drei Viertel der Befragten nur wenig gefestigte Einstellungen zur EZ haben. Sie sind tendenziell zugänglich für Kommunikation. Am meisten überzeugen sie altruistische Motive und Informationen über Sektoren wie Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit oder Ernährungssicherheit. Eine gute Kommunikation sollte diese Präferenzen also ebenfalls berücksichtigen – ohne dabei Stereotype zu reproduzieren.

QUELLE

Schneider, S. H., Gödderz, A., Zille, H., Gmeineder, M., Leßke, F. und Bruder, M., 2026: *Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2026. Wissen, Motive und Vorbehalte in disruptiven Zeiten*. Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn.

Datenbasis des DEval-Meinungsmonitor Entwicklungspolitik 2026

Der DEval-Meinungsmonitor basiert auf Daten einer seit 2023 regelmäßig vom DEval durchgeführten Monitoring-Erhebung (rund 2000 Befragte) und Daten des Development Engagement Lab (DEL) seit 2019. Das DEL umfasst zweimal pro Jahr durchgeführte kurze Befragungen (rund 1000 Befragte) und eine umfangreiche jährliche Panelbefragung (rund 6000 Befragte). Zusätzlich führt das DEval themenspezifische Erhebungen durch.



HELGE ZILLE

ist Evaluator beim Deutschen Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval).

helge.zille@deval.org

LinkedIn | Helge Zille

SÜDAFRIKA

Afrikas größte Volkswirtschaft und die Folgen der Deindustrialisierung

Weltweit haben Industrieregionen mit dem Niedergang der Schwerindustrie zu kämpfen. Im südafrikanischen Vaal-Dreieck zeigen die Schließungen von Stahlwerken und die steigende Arbeitslosigkeit, was diese Entwicklung für die Menschen vor Ort bedeutet.

VON NATHALIE BERTRAMS UND TRISTEN TAYLOR



Foto: Nathalie Bertrams

Die Union Street in der Stadt Vereeniging, südlich von Johannesburg.

Verarbeitendes Gewerbe und Schwerindustrie in Südafrika schrumpfen, die Wirtschaft verlagert sich zunehmend auf Rohstoffexporte, Dienstleistungen und Landwirtschaft. Ökonom*innen bezeichnen das Land als einen Fall von „vorzeitiger Deindustrialisierung“ und meinen damit den Verlust industrieller Kapazitäten, ehe überhaupt hohe Einkommen erreicht werden.

Im Vaal-Dreieck südlich von Johannesburg sind die Folgen sichtbar. Seit den 1920er-Jahren haben die Stahlwerke, Hütten und Kraftwerke dort für sichere Arbeitsplätze gesorgt und ganze Orte geprägt. Doch nun schließen die Fabriken.

Die Jobverluste sind erheblich, besonders im Metallsektor und in der Schwerindustrie. In den vergangenen 20 Jahren sind Hunderttausende Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren gegangen, 61.000 allein im letzten Quartal 2025.

Kabelo Ramkgathadi von der Nationalen Metallarbeitergewerkschaft Südafrikas (NUMSA) ist seit fast 25 Jahren in der Metallbranche tätig und hat sich vom einfachen Arbeiter zum Bohrmaschinenführer hochgearbeitet. Heute vertritt er Gewerkschaftsmitglieder im gesamten Vaal-Dreieck.

„Als ich in die Branche einstieg“, sagt Ramkgathadi von seinem Schreibtisch im NUMSA-Büro in Vanderbijlpark aus, „hatte niemand Probleme, Arbeit zu finden. Wenn man bei einem Unternehmen kündigte oder entlassen wurde, bekam man gleich nebenan den nächsten Job.“

Ende 2025 schloss der globale Stahlriese ArcelorMittal sein Stahlwerk in Vereeniging – 3500 Arbeitsplätze fielen dadurch weg. Zudem kündigte das Unternehmen Entlassungen in seinem Stahlwerk in Vanderbijlpark an. Diese Jobverluste treffen eine Region mit einer Arbeitslosenquote von ohnehin 55,2 %.

Die soziale Mobilität nach dem Ende der Apartheid, auf die Ramkgathadi anspielt, ist ins Stocken geraten, wie der 37-jährige Bongani Mokoena (Name geändert) bestätigt. Er begann zunächst als Hilfsarbeiter bei einem Stahlhersteller. Später gelang es ihm, wie er es ausdrückt, „den Besen beiseitezulegen“ und als spezialisierter Maschinenbediener für 3,16 Dollar die Stunde zu arbeiten. Mit Überstunden verdiente er 480 bis 600 Dollar im Monat, doch nun ist er arbeitslos. Er hat Schwierigkeiten, eine neue Stelle zu finden, und sagt, dass auch seine Freunde in der Metallindustrie davon berichteten, keine Jobs mehr zu bekommen.

Für diejenigen, die gerade von der Schule kommen, stellt Mokoena fest: „Es sieht schlecht aus. Man kann sehr froh sein, eine Stelle im Einzelhandel zu ergattern.“

HOHE STROMPREISE UND KÜNSTLICHE WIRTSCHAFTSSTRUKTUREN

Der unmittelbare Grund für die Schließungen in der Schwerindustrie sind die gestiegenen Preise für Strom und Güterverkehr. Sie liegen auf einem unwirtschaftlichen Niveau, sodass es günstiger ist, stattdessen Waren zu importieren.

„Ein Grund für die Preisanstiege bei Schienenverkehr und Strom ist, dass die Regierung in den 2000er-Jahren nicht in die Infrastruktur investiert hat. Ein anderer ist die Korruption.“

Laut der Energy Intensive Users Group of Southern Africa sind die Strompreise von 0,012 \$/kWh im Jahr 2008 auf 0,10 \$/kWh im Jahr 2024 gestiegen. Ein Grund für die Preisanstiege bei Schienenverkehr und Strom ist, dass die Regierung in den 2000er-Jahren nicht in die Infrastruktur investiert hat. Ein anderer ist die Korruption, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten weit verbreitet war. Stromausfälle und Störungen im Schienenverkehr sind Alltag.

Doch die tieferliegende Ursache der Deindustrialisierung besteht in zwei konfligierenden wirtschaftspolitischen Ansätzen. Als die Nationale Partei 1948 an die Macht kam und die Apartheid einführte, ging es in der Industriepolitik darum, die Afrikaner*innen zu unterstützen und den christlichen Nationalismus zu verteidigen. Stahl, Bodenschätze, Strom und Eisenbahn waren in staatlicher Hand und mussten keine Gewinne erwirtschaften.

Etienne Rousseau, Gründungsgeschäftsführer des staatlichen Petrochemie-Konzerns Sasol, beschrieb das industrielle Ethos 1948 als „künstliche Wirtschaft und Schutz durch die Regierung“.

Nach dem Ende der Apartheid 1994 und besonders während der Präsidentschaft von Thabo Mbeki (1999–2008) konzentrierte sich die Regierungspolitik darauf, die Industrie zu privatisieren. Man hoffte, der Wettbewerb auf dem Weltmarkt würde das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

Das staatliche Unternehmen South African Iron and Steel Industrial Corporation (ISCOR) wurde 2001 mit der Ausgliederung seiner Eisenerzsparte vollständig privatisiert. Einige Jahre später übernahm der indische Milliardär Lakshmi Mittal den Stahlbereich.

„ArcelorMittal will heute vor allem seinen Gewinn maximieren“, sagt Ramkgathadi. Das bedeute eine Abkehr vom Ziel von ISCOR, dem es nicht unbedingt um den größtmöglichen Gewinn gegangen war, sondern um Stabilität.

Die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA vertritt die Position, die Stahlindustrie könne nur gerettet werden, indem sie re-nationalisiert wird.

ArcelorMittal South Africa lehnte ein Interview für diesen Artikel ab.

SCHULDEN UND DROGEN

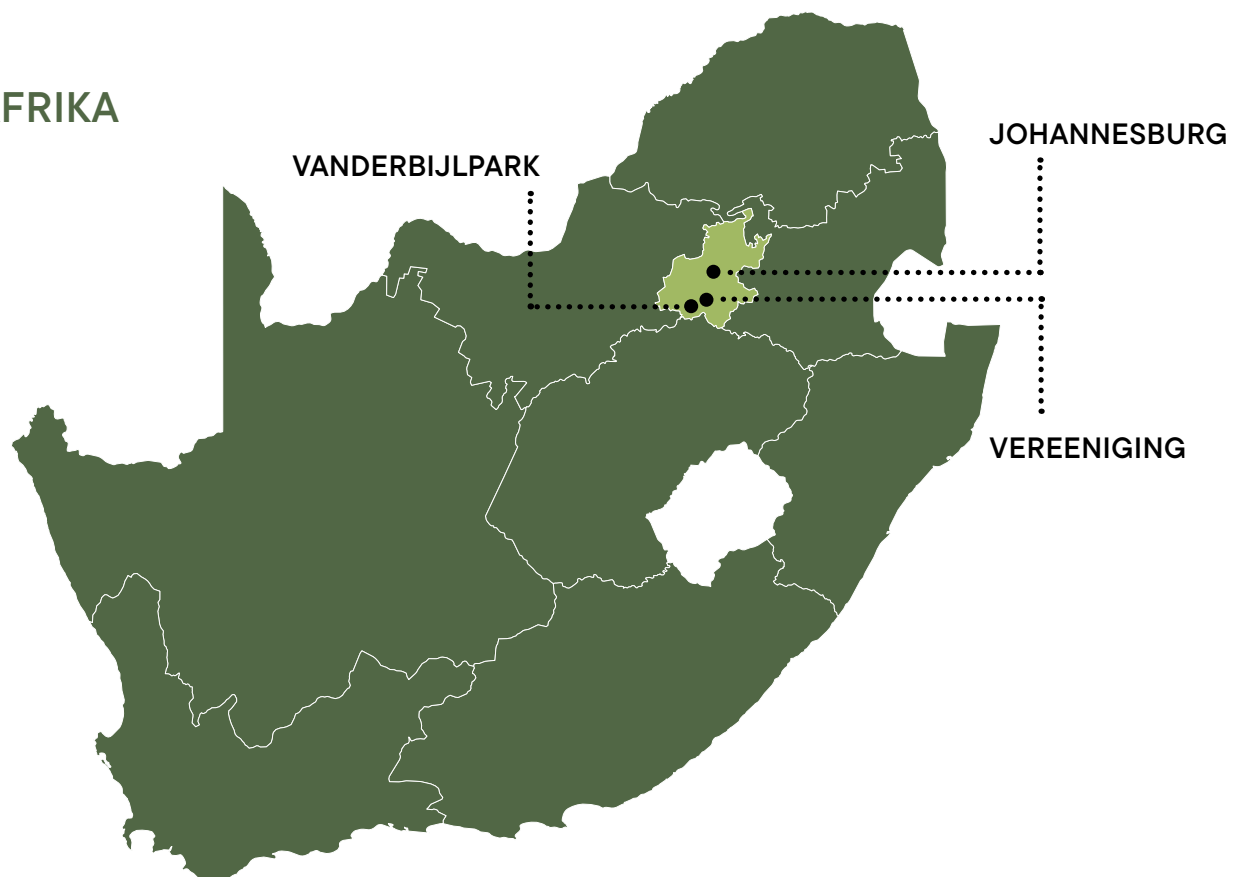
Vincent Ndemande lebt in Sebokeng, einem großen Township im Vaal-Dreieck. Er ist Koch, aber in keinem festen Arbeitsverhältnis. „Viele Menschen arbeiten derzeit nur in Kurzsichten“, sagt er. „Früher konnte man seine Familie ernähren und seine Schulden abzahlen. Heute nehmen die Leute Kredite auf und sind zum Monatsende noch tiefer verschuldet.“

In Sebokeng fließt das Abwasser über Straßen, die teils asphaltiert sind, teils nicht. Die Infrastruktur verfällt nicht nur in armen Townships. Auch die ehemals wohlhabenden Städte Vanderbijlpark und Vereeniging sind wegen des jahrzehntelangen Verfalls der kommunalen Verwaltung in einem desolaten Zustand.

Faatema Patel ist Apothekerin an einer Hauptstraße im zentralen Geschäftsviertel von Vereeniging. Dreck, Müll und Schlaglöcher prägen das Straßenbild. Nachdem das Stahlwerk geschlossen wurde und die Arbeiter*innen ihre Krankenversicherung verloren, nahm ihre Apotheke innerhalb eines Monats 20% weniger ein, sagt sie.

„Faatema Patels Apotheke verkauft keine rezeptfreien Codein-Medikamente mehr, weil ständig männliche Jugendliche danach fragen.“

SÜDAFRIKA



Die entlassenen Arbeiter*innen werden laut Patel „ins öffentliche Gesundheitssystem strömen, das ohnehin schon zu kämpfen hat“. Jeden Tag kämen Patient*innen aus dem öffentlichen Gesundheitssystem in ihre Apotheke und fragten nach Medikamenten, die im öffentlichen Gesundheitswesen nicht verfügbar seien, so die Apothekerin.

Einige dieser Mittel sind antiretrovirale HIV-Medikamente, von denen der Privatsektor laut Patel eine Monatsration für etwa 22 Dollar bereitstellt. Zum Vergleich: Die Grundsozialhilfe der Regierung stellt bedürftigen Südafrikaner*innen als kurzfristige Hilfe 23 Dollar monatlich zur Verfügung. Etwa 9 Millionen Menschen sind auf diese Beihilfe angewiesen.

In Townships wie in wohlhabenden Vororten klagen die Bewohner*innen des Vaal-Dreiecks über Drogen, besonders über „Nyaope“: eine billige Mischung aus Heroin, Cannabis und Haushaltschemikalien wie Poolreiniger und Rattengift. Der Zerfall des sozialen Gefüges schreitet voran.

Selina Marilitsi arbeitete als Reinigungskraft in einer Manganhütte, die Legierungen für die Stahlindustrie lieferte. Die Hütte wurde 2020 geschlossen, seither ist sie arbeitslos. Ihr Leben ist zu einem einzigen Kampf geworden, doch ihre größte Sorge gilt den beiden Söhnen, die noch zur Schule gehen.

„Wir wollen keine Drogen“, sagt sie. „Drogen bringen unsere Kinder um.“ Marilitsi plädiert dafür, dass Kinder zur Schule gehen, ausgebildet werden und ihren Eltern helfen sollten. „Wir fordern, dass das geregelt wird“, sagt sie.

Faatema Patels Apotheke verkauft keine rezeptfreien Codein-Medikamente mehr, weil ständig männliche Jugendliche danach fragten, oft unter dem Vorwand, ihre jüngeren Brüder seien krank. Codein ist ein Opioid, das unter anderem süchtig machen und zu Vergiftungen führen kann.

DIE ZIVILGESELLSCHAFT REAGIERT

Die Gemeinden versuchen, den Zusammenbruch der öffentlichen Dienste auszugleichen. In Roshnee, einem Vorort am Rande des Vaal, der während der Apartheid für indischstämmige Südafrikaner*innen erschlossen wurde, haben die Anwohner*innen die Verantwortung für die grundlegende Infrastruktur und Sicherheit übernommen. Sie reparieren Schlaglöcher, organisieren Patrouillen und unterstützen die örtlichen Schulen. Den Anwohner*innen zufolge gibt es seither so gut wie keine Kriminalität mehr.

Auch im nahegelegenen Sebokeng kämpfen die Anwohner*innen gegen Kriminalität an. Sie engagieren sich etwa ehrenamtlich im Community Policing Forum, das Patrouillen organisiert, da die Polizei wenig präsent ist. Das Forum versucht zudem, Drogen und Waffen von den Schulen fernzuhalten.

Doch diese Bemühungen reichen nicht aus, um die Leistungen, die der Staat erbringen sollte, komplett zu ersetzen.

VON DER POLITIK ENTÄUSCHT

Die Bewohner*innen der Vaal-Region teilen das Gefühl, beiseitegeschoben zu werden. Nach Ansicht nicht weniger Anwohner*innen hat das Vaal die Wirtschaft des Landes aufgebaut, doch im Gegenzug stürzte der regierende African National Congress die Region in Armut.

„Ich fühle mich betrogen. Ich weiß, was sie versprochen haben“, sagt Bongani Mokoena vor einem stillgelegten Bahnhof. „Und ich weiß, was sie weiterhin versprechen – und nichts davon wird umgesetzt. Das macht mir Angst, weil ich Kinder habe in diesem kaputten Land.“

Gewerkschafter Kabelo Ramkgathadi prognostiziert: „Irgendwann kommt es zu einem Aufstand, bei dem die Menschen sagen werden: ‚Weg mit der Regierung!‘ Ich weiß nicht, wie sie das machen werden. Aber man sieht es kommen, langsam, aber sicher.“

Dieser Artikel wurde von der Henry Nxumalo Foundation und dem Pulitzer Center gefördert.



NATHALIE BERTRAMS

ist Investigativjournalistin, Dokumentarfotografin und National Geographic Explorerin. Sie berichtet über Umweltkriminalität, Wildtierhandel und Konflikte um natürliche Ressourcen, ihr Schwerpunkt liegt auf Europa und Afrika.

nathaliebertrams.de

Instagram | [@nathaliebertrams](https://www.instagram.com/nathaliebertrams)



TRISTEN TAYLOR

ist ein südafrikanischer Investigativjournalist. Er ist Mitglied des International Press Institute und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Philosophie an der Universität Stellenbosch.

tristen@thanatos.co.za

UN-ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Vier Szenarien für die Zukunft der globalen Agenda

Wie geht es nach 2030 mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung weiter? Angesichts einer immer stärker fragmentierten und geopolitisch angespannten Welt sind beim SDG-Gipfel im kommenden Jahr schwierige Verhandlungen zu erwarten, die zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen führen könnten. Eine GIZ-Recherche beleuchtet, wo die wichtigsten Spannungsfelder liegen, welche Rolle verschiedene Akteure spielen könnten und weshalb es wichtiger denn je ist, Allianzen zu schmieden.

VON JOHANNES KUMMEROW UND JÖRN GEISSELMANN

Werden die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung nach 2030 gekippt? Ihre Zukunft ist ungewiss.

Foto: picture alliance / photothek / Thomas Koehler



Die bisherige Bilanz der globalen Agenda ist durchgewachsen. Zwar werden die meisten der 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung bis 2030 mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreicht. Gleichwohl haben viele Länder den Weg zu einer nachhaltigeren Entwicklung eingeschlagen, seit die Ziele Anfang 2016 in Kraft traten. Je näher das Enddatum der Agenda rückt, desto mehr entwicklungspolitische Akteure fragen sich, was danach folgen könnte. Wie im Ergebnisdokument des „Summit of the Future“ vom September 2024 festgehalten, soll auf dem SDG-Gipfel in New York im September 2027 begonnen werden, darüber zu beraten, wie es weitergehen könnte.

Vier große Szenarien für die Zukunft nach der Agenda 2030 sind plausibel, das ist die Essenz einer Recherche der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die Autoren haben hierfür unter anderem Interviews mit Wissenschaftler*innen aus Japan, Mexiko und Südafrika geführt sowie eine Reihe von Expert*innen befragt, etwa vom German Institute of Development and Sustainability (IDOS), von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und dem Beyond Lab, einem UN-Thinktank. Auch innerhalb der GIZ wurden zahlreiche Gespräche mit Personen geführt, die sich mit der Agenda 2030 und einer möglichen Folgeagenda beschäftigen.

1. **Keine neue Agenda:** Angesichts der geopolitischen Konfliktlinien und des rückläufigen Interesses an nachhaltiger Entwicklung kann sich die Staatengemeinschaft auf keine Folgeagenda einigen. Die Verhandlungen werden abgebrochen.
2. **Mehrere neue Agenden:** Es werden zwei oder mehrere konkurrierende Agenden verabschiedet, zum Beispiel eine von Ländern, die eher ambitionierten Klimaschutz betreiben möchten, und eine von „Bremsen-Staaten“, die beispielsweise gern langfristig auf fossile Energien setzen möchten. Denkbar ist auch eine EU-geprägte Agenda gegenüber einer von China geprägten Agenda.
3. **Fortsetzung der bisherigen Agenda:** Angesichts der starken Fliehkräfte schreibt die internationale Gemeinschaft die Agenda 2030 fort, um zumindest den 2015 erreichten Konsens zu bewahren. Denkbar sind kleinere inhaltliche Anpassungen bei einzelnen Unterzielen und Indikatoren sowie angepasste Zielwerte.
4. **Eine einzige neue Agenda:** Die internationale Gemeinschaft verhandelt intensiv und verabschiedet eine singuläre neue Agenda. Diese könnte sich wieder stärker auf die Grundbedürfnisse rückbesinnen, etwa in Anklang an die Millennium Development Goals

(MDGs), oder globale öffentliche Güter in den Mittelpunkt stellen. Sie könnte noch transformativer und holistischer ausgerichtet werden als die Agenda 2030 – oder aber auch deutlich stärker durch antiliberale und autokratische Staaten geprägt sein.

Welchen Zeitraum eine neue Agenda umfassen könnte, ist offen. Bisher sind vor allem 10, 15 oder 20 Jahre im Gespräch. Diskutiert wird auch die Möglichkeit von Meilensteinen. Es besteht ein reales Risiko, dass zwar eine neue Agenda verabschiedet wird, ihre Umsetzung aber in einer Mehrzahl von Staaten kaum noch Aufmerksamkeit erhält, weil der Rückhalt fehlt.

Denkbar wäre jedoch auch eine neue Anreizstruktur, um eine engagierte Umsetzung zu fördern. In diesem Kontext wird bereits heute – teilweise auch unrealistisch – große Hoffnung auf die Privatwirtschaft als Finanzier für die Umsetzung der Post-Agenda-2030 gesetzt.

ZENTRALE SPANNUNGSFELDER EINER POST-AGENDA-2030

Das Thema Umwelt- und Klimaschutz könnte zu einem der zentralen Streitpunkte der Verhandlungen über die Post-Agenda-2030 werden. Immer mehr Staaten betrachten es als Wachstumshemmer oder denunzieren Bemühungen darum als vermeintliche Ideologie. Eine der Folgen ist bereits jetzt weltweit sinkende Klimaschutzambitionen.

Umwelt- und Klimaschutz könnten wieder an Zustimmung gewinnen, wenn die internationale Debatte zu globalen öffentlichen Gütern weiter an Momentum gewinnen sollte. Zudem könnten neue Narrative der Umweltpolitik wieder Auftrieb verleihen, etwa die Konzepte des menschlichen und planetaren Wohlbefindens, der regenerativen Nachhaltigkeit und der intergenerativen Gerechtigkeit. Diese Konzepte sind oft in lokalen Traditionen verankert und können zugleich anschlussfähige Rahmen für eine ökologisch-nachhaltige Entwicklung bilden. Einer Post-Agenda-2030 muss es jedoch auch gelingen, die Interessen vieler Staaten im Hinblick auf Energiesicherheit, Wachstum und Ausbau der Infrastruktur mit dem Klimaschutz zu verknüpfen.

Auch der Widerstand gegen die Themen Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und gute Regierungsführung nimmt weltweit zu. Zahlreiche Länder lehnen diese Konzepte kategorisch als „von außen aufgezwungen“ ab. In den Verhandlungen wäre daher bereits eine verwässerte Einigung im Hinblick auf diese Themen als Erfolg zu bewerten.

Digitale Souveränität und Transformation könnten als eigenständige Ziele in einer Post-Agenda-2030 verankert werden, aufbauend auf dem Global Digital Compact von 2024, dem umfassenden globalen UN-Rahmenwerk für

digitale Kooperation. Andererseits könnte Digitalisierung auch zukünftig eher ein Querschnittsthema bleiben, aufgrund der rasanten technologischen Veränderungen rund um Künstliche Intelligenz (KI), aber auch wegen möglicher Rückschläge, etwa sinkender Investitionen.

MASSGEBLICHE AKTEURE IN DEN VERHANDLUNGEN

Von entscheidender Bedeutung für die inhaltliche Ausrichtung der Post-Agenda-2030 wird die geopolitische Konkurrenz zwischen den USA und China sein. Was die aktuelle US-Regierung betrifft, so wäre es bereits ein Gewinn, wenn diese sich passiv verhielte, etwa den Verhandlungen fernbliebe und diese nicht blockiere. Aufgrund der derzeitigen klaren Positionierung der USA gegen multilaterale Institutionen und die Agenda 2030 ist jedoch auch eine destruktive Haltung Washingtons gegenüber jeglichen Bemühungen denkbar. Auch wenn die Ergebnisse der US-Präsidentschaftswahlen 2028 zu einer positiveren Haltung gegenüber den Vereinten Nationen führen könnten, ist eine komplette Umkehr der Politik der Trump-Jahre bis 2030 eher unwahrscheinlich.

China nutzt bereits jetzt das von den USA hinterlassene Machtvakuum. Mit unterschiedlichen Initiativen wie der Global Development Initiative (GDI) und der Global Civilisation Initiative (GCI) legt die Volksrepublik den Grundstein, um die Ausrichtung der Post-Agenda-2030 nach chinesischen Interessen und Werten zu gestalten. Ob es China gelingt, die BRICS+-Staaten hinter sich zu vereinen, wird über seinen Erfolg mitentscheiden. Derzeit fehlt dem Zusammenschluss aus Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und weiteren Staaten eine einheitliche Vision.

Zumindest Russland nimmt in ersten Äußerungen zur Post-Agenda-2030 bereits Bezug auf die chinesische GDI. Gleichzeitig wird Moskau weiter versuchen, seinen Einfluss auf die G77 zu verstärken und auf eine antiliberale, von fossilen Energieträgern geprägte Zukunft hinzuwirken.

ALLIANZ ZWISCHEN DER EU UND DEM GLOBALEN SÜDEN?

In den Verhandlungen zur Post-Agenda-2030 könnte es der Europäischen Union schwerfallen, eine einheitliche Position zu entwickeln. Auch eine politische Lähmung der EU durch innere Spaltung und der damit einhergehende Bedeutungsverlust können nicht ausgeschlossen werden. Andererseits ist es denkbar, dass es einer Allianz aus EU und Ländern des Globalen Südens gelingt, eine Alternative zu den Narrativen Chinas und der USA anzubieten, basierend auf gegenseitigen Interessen und Respekt sowie einer klaren Vision für eine sozial gerechte, grüne Transformation.

In den UN bewegt sich bekanntlich nichts ohne die G77. Die dort versammelten Länder lassen sich jedoch nicht als

Einheit betrachten, da sie durch unzählige Partikularinteressen geprägt sind. Einerseits verbinden insbesondere manche Schwellenländer einen großen Gestaltungswillen mit einem ernsthaften Interesse an einer ambitionierten Zukunftsagenda. Und auch unter den Least Developed Countries (LDCs) finden sich starke Unterstützer einer Folgeagenda, die nicht hinter die Ansprüche der Agenda 2030 zurückfällt. Andererseits kritisieren viele autokratische Länder und Ölstaaten innerhalb der G77 die progressiven Ziele der aktuellen Agenda und werden die Verhandlungen zur Post-Agenda-2030 eher bremsen.

Jenseits von Nationalstaaten hat im SDG-Umsetzungsprozess die Bedeutung von Regionen und Städten zugenommen. Ihr Einfluss wird aber weiterhin beschränkt werden durch das weltweite Erstarken des Nationalismus sowie ihre mangelnde Repräsentanz bei offiziellen UN-Verhandlungen.

Als nichtstaatlicher Akteur wird die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung und beim Agenda-Setting vorab spielen. Ihr tatsächlicher Einfluss auf die offiziellen Verhandlungen ist jedoch in der Regel begrenzt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Handlungsräume der Zivilgesellschaft in vielen Staaten stark eingeschränkt werden und viele NGOs im Globalen Süden durch den Wegfall von USAID in eine finanzielle Krise geraten sind. An ihre Stelle treten teilweise staatsnahe Thinktanks, die Regierungspositionen vertreten.

IMPLIKATIONEN FÜR DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT UND DEUTSCHLANDS ROLLE

Die Bundesregierung hat in ihrem dritten freiwilligen Staatenbericht von 2025 und im Koalitionsvertrag angekündigt, ein ambitioniertes Rahmenwerk für die Post-Agenda-2030 unterstützen zu wollen. Die internationalen Erwartungen an Deutschland als Unterstützer von nachhaltiger Entwicklung und multilateralem Handeln sind durch den (Teil-)Rückzug der USA noch einmal gestiegen.

Aus Sicht der Autoren ist es für Deutschland und die EU wichtig, ein eigenes Narrativ sowie eigene Zielsetzungen für die Verhandlungen zu entwickeln. Andernfalls besteht die Gefahr, dass das Vakuum mit konkurrierenden, weniger ambitionierten Narrativen anderer Akteure gefüllt wird. Angesichts des sinkenden politischen und öffentlichen Interesses an nachhaltiger Entwicklung ist es empfehlenswert, globales Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung zu verknüpfen mit den aktuellen Prioritäten der Bundesregierung, der EU und unserer Partner im Globalen Süden. Dazu zählen insbesondere Wirtschaftsförderung, Infrastruktur und Sicherheit.

Eine gemeinsame Positionierung mit anderen Ländern für eine ambitionierte Post-Agenda-2030 ist entscheidend für

einen Verhandlungserfolg bei den UN. Deutschland hat die Mittel, Kapazitäten und das breite internationale Netzwerk, um Brücken zum Globalen Süden und weiteren Partnern schlagen zu können. Der Dialog mit China und aufstrebenden Akteuren wie Indonesien, Brasilien, Südafrika und Indien ist essenziell, um die jeweiligen Positionen besser zu verstehen und mögliche Gemeinsamkeiten zu identifizieren.

DIALOGPROZESS ZU POST-AGENDA-2030

Im Sinne des gesamtgesellschaftlichen Ansatzes der Agenda 2030 sollten auch im Post-2030-Prozess möglichst viele Stimmen Gehör finden. Hierfür bieten sich bestehende und neu zu etablierende Multi-Akteurs-Plattformen an, die den Austausch mit der Zivilgesellschaft, aber auch mit weiteren Stakeholdern wie der Privatwirtschaft und der Wissenschaft, internationalen Gebern und kommunalen Akteuren ermöglichen. Große internationale Konferenzen sollten für den Dialogprozess zu Post-2030 und das Agenda-Setting genutzt werden, und auch die von der Bundesregierung eingesetzte Nord-Süd-Kommission könnte Impulse für die gemeinsame Entwicklung von Narrativen mit dem Globalen Süden setzen.

Die Zukunft der globalen Agenda bleibt äußerst ungewiss. Umso wichtiger ist es für die Bundesregierung und alle am globalen Gemeinwohl orientierten Länder, strategische Allianzen zu bilden, um bei den Post-2030-Verhandlungen ein gutes Ergebnis im Sinne aller Menschen und des Planeten zu erzielen.



JOHANNES KUMMEROW

ist Berater für Strategische Vorausschau in der Stabsstelle Unternehmensentwicklung der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

johannes.kummerow@giz.de



JÖRN GEISSELMANN

ist Senior Berater für Strategische Vorausschau in der Stabsstelle Unternehmensentwicklung der GIZ.

joern.geisselmann@giz.de

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

67. Jg. 2026

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als

D+C Development and Cooperation.

Website: dandc.eu

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 30. Juli 2026 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen.

Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner*innen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel.: (02 28) 2 07 17-0; Fax: (02 28) 2 07 17-150

engagement-global.de

BEIRAT:

Prof. Dr. Dr. h.c. Kai Ambos, Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1, D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Eva-Maria Verfürth (EMV, Chefredakteurin, inhaltlich verantwortlich),

Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO, Redakteurin), Jörg Döbereiner

(JD, CvD), Maren van Treel (MVT, Social-Media-Redakteurin),

Dagmar Wolf (DW, Assistentin)

Freiberufliche Mitarbeit: Leon Kirschgens (LKI, Kolumne Heutzutage), Roli

Mahajan, Lucknow (RM), Alba Nakuwa, Juja (AN), Ronald Sseguija Ssekandi,

Kampala (RSS), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

euz.editor@dandc.eu

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT-Stiftung.

DESIGN:

Anabell Krebs, Charlotte Rother

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

Die in E+Z-Veröffentlichungen verwendeten Bezeichnungen und Karten bedeuten keine Meinungsäußerung von E+Z hinsichtlich des rechtlichen Status von Ländern, Gebieten oder Regionen, von Grenzziehungen oder behördlichen Zuständigkeiten.

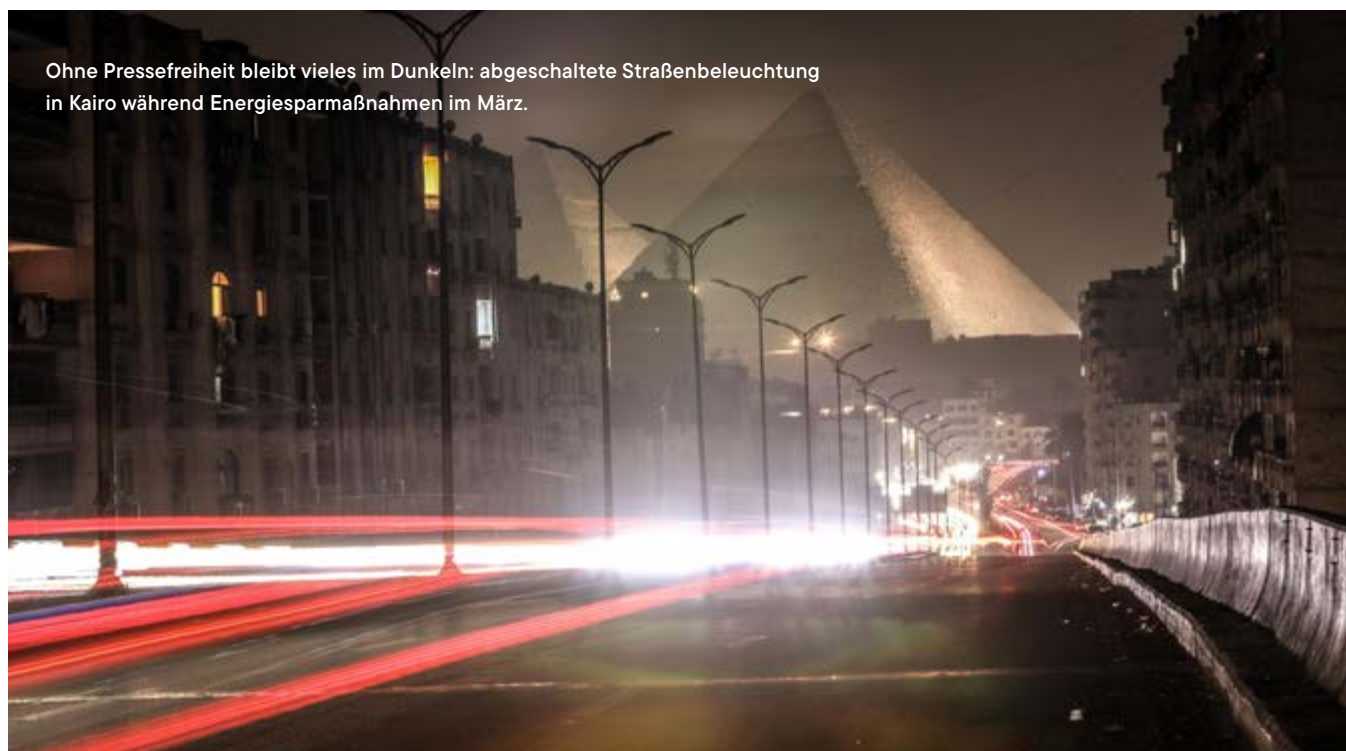


Foto: picture alliance / Anadolu / Mohamed Elshahed

Ohne Pressefreiheit bleibt vieles im Dunkeln: abgeschaltete Straßenbeleuchtung in Kairo während Energiesparmaßnahmen im März.

PRESSEFREIHEIT

Was es heißt, unter Präsident Sisi in Ägypten Journalist zu sein

*Viele Journalist*innen in Ägypten werden überwacht, eingeschüchtert und leben mit der ständigen Angst, verhaftet zu werden. Ein Reporter schildert, wie diese Unsicherheit unter Präsident Abdel Fattah al-Sisi zum Alltag geworden ist.*

VON MOSTAFA NABIL

An das unheilvolle Geräusch habe ich mich bereits gewöhnt. Es passiert, wenn mein Telefon klingelt und auf dem Display nur „Unbekannter Anrufer“ steht. In solchen Momenten rutscht mir das Herz in die Hose. Ich warte ein paar Sekunden, dann gehe ich ran. Denn nicht abzuheben könnte noch schlimmere Konsequenzen haben. Wenn Mitarbeitende des ägyptischen Staatssicherheitsdienstes Journalist*innen zu Hause auf-

suchen, kommen sie oft im Morgengrauen. Ich arbeite selbst als Journalist in Ägypten und habe bei Kolleg*innen erlebt, was das bedeuten kann: aufgebrochene Türen, beschlagnahmte Gegenstände, verängstigte Familien, Beleidigungen und körperliche Gewalt.

Die Stimme am anderen Ende ist mir vertraut. Es ist der Staatssicherheitsbeamte, der für meine Akte zuständig ist.

Er klingt meist höflich und fragt, worüber ich zuletzt geschrieben habe, weshalb ich einen bestimmten Blickwinkel gewählt habe oder was ich mit einem bestimmten Satz gemeint habe. Manchmal endet das Gespräch nach wenigen Minuten. Doch manchmal fordert er mich auch auf, im Büro des Staatssicherheitsdienstes in Nasr City zu erscheinen, einer Gegend im Osten Kairo.

Ich weiß nie im Vorhinein, ob es einfach nur bei einem Besuch bleibt. Viele Journalist*innen und Aktivist*innen sind nach einer solchen Vorladung verschwunden und erst Wochen oder Monate später wieder aufgetaucht, als sie der Staatsanwaltschaft vorgeführt wurden. Häufig wird ihnen Terrorismus oder die „Verbreitung falscher Nachrichten“ vorgeworfen. Zunächst sitzen sie für 45 Tage in Untersuchungshaft, dann wird die Haft immer wieder aufs Neue verlängert. Wenn die gesetzliche Höchstdauer von zwei Jahren Untersuchungshaft erreicht ist, kann es sein, dass ein neues Verfahren gegen sie eröffnet wird. Menschenrechtsorganisationen bezeichnen diese Praxis als „Rotation“.

Am Tor in Nasr City muss ich mein Telefon abgeben. Ein Beamter bringt mich nach oben. Der für meine Akte zuständige Beamte stellt seine Fragen im selben ruhigen Tonfall wie am Telefon. Doch meistens sitzt in einer Ecke des Raumes noch ein anderer Mann. Er unterbricht das Gespräch mit kurzen, scharfen Bemerkungen: „Ihnen ist klar, dass das als Terrorismus gewertet werden kann.“ Oder: „Sie wissen, dass das als Verbreitung falscher Nachrichten interpretiert werden kann.“

ÄGYPTISCHE PRESSE „UNTER BELAGERUNG“

Ich weiß nicht, weshalb ich bislang nicht im Gefängnis sitze. Genauso wenig weiß ich, weshalb viele meiner Kolleg*innen dort gelandet sind. Ich arbeite für eine oppositionelle Zeitung, und in unserer Redaktion hängen die Fotos von Kolleg*innen, die seit Jahren hinter Gittern sitzen. Besonders belastend ist, dass wir kaum wissen, wo die roten Linien verlaufen. Unter Hosni Mubarak waren die Grenzen klarer: Kritisiere niemals den Präsidenten und seine Familie. Unter Abdel Fattah al-Sisi sind die Grenzen hingegen vage. Sie ändern sich immer wieder und sind kaum vorhersehbar.

Ich bin nicht der Einzige, der diese Unsicherheit spürt. Der Thinktank Tahrir Institute for Middle East Policy (TIMEP) schreibt, ägyptische Medien stünden „unter Belagerung“. Die Organisation Reporter ohne Grenzen zählte im Juni 2026 insgesamt 18 inhaftierte Journalist*innen. Unabhängige Medien geraten besonders stark unter Druck. Websites wie jene von Mada Masr, Al Manassa und Zawia3 werden regelmäßig blockiert.

EINE JACKE IMMER GRIFFBEREIT NEBEN DEM BETT

Der Druck trifft auch die Familien. Menschenrechtsorganisationen warnen vor einer Art „stellvertretenden Bestrafung“: Angehörige von Journalist*innen und Aktivist*innen im Exil werden festgenommen, schikaniert oder mit Ausreiseverboten belegt. Meine Familie und ich haben deshalb zu Hause ein Vorgehen eingeübt, das wir „das Schwarze-Nacht-System“ nennen. Eine Tasche mit Kleidung, Medikamenten und anderen wichtigen Dingen steht jederzeit griffbereit, und neben dem Bett liegen immer eine Jacke und Schuhe, die man schnell anziehen kann. Meine Familie hat auch die Telefonnummern von Anwalt*innen, Aktivist*innen und Journalist*innen griffbereit für den Fall, dass Sicherheitskräfte im Morgengrauen unsere Wohnung stürmen.

Wir haben geübt, wie wir uns dann am besten verhalten. Meine Familie soll nicht mit den Beamten diskutieren. Alle sollen zusammen in ein Zimmer gehen und sich ruhig verhalten. Ich selbst würde ohne Widerstand mitgehen, weil Widerstand nur weitere Misshandlungen nach sich ziehen könnte.

WEITERMACHEN TROTZ DER DROHUNGEN

Die mentale Belastung ist kaum auszuhalten. Die meiste Zeit lebe ich in Angst. Ich träume davon, dass Polizist*innen die Tür eintreten. Bevor ich einen Artikel veröffentliche, lese ich ihn wieder und wieder. Ich bitte auch Menschen, denen ich vertraue, ihn gegenzulesen. Wir diskutieren dann darüber, wer sich angegriffen fühlen könnte, wie riskant der Text ist und welche Reaktion folgen könnte: ein Anruf, eine Vorladung nach Nasr City oder ein langer Weg ins Gefängnis. Doch auch diese Gespräche geben mir keine Verlässlichkeit. Niemand weiß, wo in Sisis Ägypten letztlich die roten Linien für Journalismus verlaufen.

Trotzdem arbeite ich weiter. Nicht, weil ich besonders mutig wäre, sondern weil es wichtig ist, die Dinge zu dokumentieren. Menschen werden politisch verfolgt und verhaftet, sie verschwinden gewaltsam. Vorwürfe von Folter stehen im Raum. Von offiziellen Stellen hört man dazu aber nur Schweigen. In einer solchen Situation macht unabhängiger Journalismus Fakten sichtbar, die die Mächtigen am liebsten unter den Teppich kehren würden.



MOSTAFA NABIL

ist das Pseudonym eines ägyptischen Journalisten, der anonym bleiben möchte.

euz.editor@dandc.eu

China auf der Weltbühne



Chinas Kurskorrektur

Peking ist an immer mehr Orten des Globalen Südens allgegenwärtig, auch wenn es Kredite für große Infrastrukturprojekte zurückgefahren hat. Westliche Demokratien sollten ihre Angebote verbessern, statt Entwicklungsbudgets zu kürzen.

China prägt den Alltag vieler Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern stärker als je zuvor: Sie pendeln mit Fahrzeugen „Made in China“ auf Straßen, die mit chinesischen Krediten finanziert wurden, zu Jobs in Unternehmen, die mit chinesischen Firmen handeln. Ein Grund dafür ist Chinas Exportstärke: Seine Ausfuhren nach Afrika, Lateinamerika, Indien und die ASEAN-Staaten wuchsen auch 2025 deutlich. Ein anderer sind die mehr als 900 Infrastrukturprojekte im Globalen Süden, in die Peking insgesamt Hunderte Milliarden Dollar steckte. Dass chinesische Firmen im Rahmen der Infrastrukturoffensive „Neue Seidenstraße“ liefern, worauf die Bevölkerung vor Ort oft lange warten musste, nützt Chinas Ruf.

Pekings Erfolg im Globalen Süden lässt sich nur zum Teil zurückführen auf seine Praxis, für Entwicklungsleistungen keine Bedingungen an Regierungsführung zu stellen – mit Ausnahme der Nichtanerkennung Taiwans – und eher wenig Interesse an Arbeitsbedingungen und Umweltauflagen zu zeigen. Auch Chinas langjährige Beziehungen zu afrikanischen Ländern und dass es nicht als Ex-Kolonialmacht wahrgenommen wird, tragen dazu bei, dass es vielerorts ein positiveres Image genießt als in westlichen Demokratien.

Der weiterhin wachsende Einfluss Chinas kann niemanden kalt lassen, dem an freiheitlich-demokratischen Werten gelegen ist. Denn Peking exportiert nicht nur Elektroautos und Solarzellen, sondern auch seine Vorstellung eines autoritären politischen Systems. Chinesische Unternehmen liefern etwa neben physischer Internet-Infrastruktur auch darin eingebettete Software, die Zensur ermöglicht. Über Gruppierungen wie die BRICS+ und die G77 nimmt China Einfluss, um die sich verändernde Weltordnung nach seinen Interessen zu gestalten – etwa, um das Internet auch jenseits seiner Grenzen stärker unter staatliche Kontrolle zu setzen.

Intern verschärft die Kommunistische Partei unter dem mutmaßlichen Milliardär Xi Jinping ihre Kontrolle über Informationen und den öffentlichen Diskurs. Seit Juli dieses Jahres forciert ein „Gesetz zur Förderung der ethnischen

Einheit und des Fortschritts“ die Anpassung von ohnehin verfolgten Minderheiten an die Mehrheitsgesellschaft.

CHINAS KURSWECHSEL BEI KREDITVERGABEN

Seine großen staatlichen Kredite für Baumaßnahmen im Globalen Süden hat Peking in den vergangenen Jahren deutlich zurückgefahren, insbesondere in Afrika. Zu hoch war das Risiko von Zahlungsausfällen. Afrikanische Staaten zahlen an China inzwischen mehr zur Tilgung ihrer Schulden, als sie von Peking an frischen Krediten empfangen. Für einige Länder birgt das ernste Risiken.

Dass sich Peking bei Krediten stärker auf ökonomisch tragfähige Projekte konzentriert, bestätigt: Bei staatlicher Kreditvergabe auf gewisse Standards zu achten, ist durchaus sinnvoll und schützt auch die Kreditgeber.

Westliche Demokratien müssen mehr denn je zeigen, dass ihre Angebote im umfassenden Sinne nachhaltiger sind als jene des autoritären Regimes in Peking. Bei der Wirtschaftlichkeit von Krediten für Afrika ist dies der Fall, wie das DIW analysierte. Die Angebote müssen aber noch attraktiver werden: zielgerichteter, weniger bürokratisch, mehr auf öffentlich-private Partnerschaften bedacht.

Menschen weltweit sehnen sich nach Entwicklung *und* Demokratie. In Lateinamerika gilt das sogar besonders dort, wo China Infrastruktur baut, wie Marcela Ibáñez und Alain Schläpfer in dieser Ausgabe berichten. Diesen Menschen gilt es die bestmögliche Alternative zu bieten. Die aktuellen Kürzungen in Entwicklungsbudgets demokratischer Staaten dagegen senden genau das falsche Signal.



JÖRG DÖBEREINER

ist Chef vom Dienst von E+Z.

euz.editor@dandc.eu

ENTWICKLUNG

„Aus Fehlern lernen“

Seit den frühen 1980er-Jahren ist China von einem sehr armen Land mit niedrigen Einkommen zum Exportweltmeister mit höheren mittleren Einkommen geworden. Diesen Erfolg hat es weder kommunistischer Dogmatik noch marktwirtschaftlicher Orthodoxie zu verdanken. Entscheidend war aus Sicht des Oxforder Ökonomieprofessors Stefan Dercon Pragmatismus.

STEFAN DERCON IM INTERVIEW MIT HANS DEMBOWSKI

Die Kommunistische Partei Chinas erklärt ihren spektakulären Wirtschaftserfolg mit ihrer langfristigen Führungsrolle. Ist Diktatur wirklich der Grund?

Nein, so einfach ist es nicht. Tatsächlich sind die Wachstumsraten von Ländern unter autoritärer und demokratischer Herrschaft langfristig ungefähr gleich, wie Studien zeigen. Allerdings weichen Diktaturen viel stärker vom Durchschnitt ab. Ihr Erfolg kann spektakulärer sein, aber dafür sind Krisen oft schlimmer.

Gilt das auch für die Volksrepublik?

Ja, in ihrer Geschichte gibt es beides. In den ersten 30 Jahren nach der kommunistischen Revolution von 1948 blieb China bitterarm. Der sogenannte „Große Sprung nach vorn“ sollte die Dörfer von 1958 bis 1961 industrialisieren, führte aber wegen Vernachlässigung der Landwirtschaft zu einer verheerenden Hungersnot, die 20 bis 30 Millionen Menschen das Leben kostete. Mitte der Sechzigerjahre löste Mao Zedong mit der Kulturrevolution weiteres Chaos aus. Unter Mao stagnierte Chinas Lebensstandard jahrzehntelang auf dem Niveau von armen Ländern südlich der Sahara. Das änderte sich erst, nachdem Deng Xiaoping sich 1978 in den innerparteilichen Konflikten, die 1976 nach Maos Tod einsetzten, durchgesetzt hatte.

Und Deng nutzte dann seine Chance, um die Wirtschaft zu liberalisieren?

Den Eindruck kann man im Rückblick gewinnen, chinesische Fachleute erzählen aber eine andere Geschichte. Anfangs wollte Deng nicht die Wirtschaft, sondern das Regierungssystem reformieren. Ein Kernanliegen war die Dezentralisierung der Macht. Kommunistischen Führungskräften auf Provinzebene wurde erlaubt, politische Konzepte zu formulieren und umzusetzen. Das Zentralkomitee machte sie dann für die Ergebnisse verantwortlich. Deng verstand, dass

„China hat kaum fossile Rohstoffe, also ist es sinnvoll, auf erneuerbare Energie zu setzen. Sobald so ordentlich Strom erzeugt wird, wird E-Mobilität attraktiv.“

eine kleine Gruppe von Menschen in der Hauptstadt ein riesiges Land wie China nicht wirkungsvoll steuern kann. Zwar verfügte das Zentralkomitee über einen funktionstüchtigen Staatsapparat, es konnte aber weder auf lokale Probleme reagieren noch lokale Chancen erkennen.

Dezentralisierung von Entscheidungen ist untypisch für Diktaturen. Es bedeutet ja, dass der oberste Potentat nicht alles am besten weiß. Nötig ist zudem Faktenorientierung. Um sich nicht selbst zu gefährden, sagen Funktionstragende unter autoritärer Herrschaft ihrem „geliebten Führer“ gewöhnlich, was sie glauben, dass er hören will. Ist die Partei unter Deng davon tatsächlich abgewichen?

Ein wesentlicher Grund war, dass Deng Fehler nicht wiederholen, sondern aus ihnen lernen wollte. Dafür steht seine berühmte Metapher „Nach Steinen tastend den Fluss überqueren“. Seine reformorientierte Gruppe in der Parteispitze hatte eine Idee davon, wohin sie das Land führen wollte, aber wie das gelingen könnte, war nicht klar. Dengs Lösung war, verschiedene Konzepte zu testen. Das zeigt, dass er nicht einfach brillante langfristige Strategien implementierte. Wer aus Fehlern lernen will, muss eingestehen, dass es

welche gibt. Anstatt Allwissenheit vorzutäuschen, orientierten sich er und andere an der Parteispitze an Tatsachen.

Wurden denn Fehler gemacht?

Klar, und zwar viele. Heute wissen wir zum Beispiel alle, dass die Sonderwirtschaftszone Shenzhen ein Riesenerfolg war und zum Vorbild für andere Zonen wurde. Kaum bekannt ist dagegen, dass gleichzeitig mit Shenzhen drei weitere Sonderwirtschaftszonen gestartet wurden. Sie scheiterten aber und sind längst vergessen. Mit Sicherheit schlugen auch viele andere Maßnahmen fehl, haben sich aber nicht im kollektiven Gedächtnis festgesetzt.

Heute würden wir sagen, dass Deng Mikromanagement ablehnte. War seine Führungsmethode, die Vision von einem wohlhabenden China zu schaffen, das wieder zu seinem drei Jahrtausende lang gehaltenen Platz als wichtigstes Land der Welt aufsteigen soll? Die Partei scheint sich diesem Ziel bis heute verpflichtet zu fühlen.

Das mag in der Rückschau so aussehen, aber Deng wurde von keinem globalen Ehrgeiz angetrieben. Ihm ging es um den langfristigen Machterhalt seiner Partei in China.

Blick auf den Lujiazui Financial District in Shanghai, China.



Foto: picture alliance/dpa/HPIC/Wang Gang

Das sollte in den Augen der Menschen legitim sein. Dazu trugen Wirtschaftswachstum, Ernährungssicherheit und Armutsreduzierung bei. Nach den gewaltigen Krisen, die China unter Mao erschüttert hatten, wusste er, wie riskant es ist, sich nur auf gewalttätige Repression zu verlassen. Wirtschaftliche Modernisierung war weniger gefährlich. Die Fortschrittsvision, die Deng im Parteiapparat etablierte, war also eigennützig. Sie war zugleich sowohl hinsichtlich der Armutsreduzierung als auch der Legitimierung der Partei sehr erfolgreich.

Viele Diktaturen sind Kleptokratien ohne irgendein Verständnis von Gemeinwohl. Liegt es am Konfuzianismus, dass das in China anders ist? Die chinesischen Kaiser übten ihre immense Machtfülle ohne Aufsicht aus, sollten dem herrschenden Weltbild zufolge aber für Harmonie in der Gesellschaft sorgen. Im kollektiven Gedächtnis Chinas bedeutet der Kollaps der Zentralgewalt Bürgerkrieg und Not, während starke Kaiser für Frieden stehen.

Ich würde das kommunistische Regime nicht romantisieren. Konfuzianisches Denken mag eine Rolle spielen, aber daran richtet die Parteispitze ihre Entscheidung nicht aus. Meist handelt sie pragmatisch. Sie will die Kontrolle behalten und dabei möglichst wenig Widerstand erfahren. Deshalb versucht sie Probleme zu lösen, bevor sie zu groß werden. Entsprechend unterdrückt das Regime Proteste gegen Missstände wie zum Beispiel Luftverschmutzung nicht gewaltsam, sondern versucht, die Ursache in den Griff zu bekommen. Ende 2022 duldete es zum Beispiel in vielen Städten Massenproteste gegen den Corona-Lockdown. Statt die Demonstrationen zu unterdrücken, beendete es den Lockdown. Das Regime akzeptiert keine Kritik an seiner Führungsrolle, aber öffentliche Debatten über mangelhafte Verwaltung kommen vor.

Ist die Wirtschaftspolitik auch pragmatisch?

Ja, das Regime verfolgt keine langfristig durchkonzipierte Liberalisierungsstrategie. Es ergreift Chancen, wo es welche erkennt. Würde die Partei von marktwirtschaftlicher Orthodoxie geleitet, hätte sie die riesigen, defizitären Staatsbetriebe längst privatisiert. Sie scheut aber offenbar die damit verbundenen Konflikte. Von diesen Firmen hängen Millionen von Arbeitsplätzen sowie Karrieren von Parteikadern ab.

In europäischen Umweltschutzkreisen heißt es manchmal, langfristiges Denken habe China zum Vorreiter in der Klimapolitik gemacht, der erneuerbare Energie und E-Mobilität voranbringt. Stimmt das?

Ich sehe vor allem kurzfristigen Pragmatismus. China hat kaum fossile Rohstoffe, also ist es sinnvoll, auf erneuerbare Energie zu setzen. Sobald so ordentlich Strom erzeugt wird,

wird E-Mobilität attraktiv. Zudem will das Regime so viel wie möglich exportieren und versucht zu antizipieren, wofür es künftig globale Nachfrage geben wird. Angesichts der internationalen Klimadebatte will es in relevanten Technikfeldern möglichst große Marktanteile gewinnen. Ich würde keine Diktatur mit vermeintlich langfristigem Denken rechtfertigen, wenn kurzfristige Kalküle so offensichtlich sind.

„Meist handelt die Parteispitze pragmatisch. Sie will die Kontrolle behalten und dabei möglichst wenig Widerstand erfahren.“

Fußt die Wirtschaftspolitik der Partei auf irgendeiner grundlegenden Idee?

Lange Zeit ging es ihr darum, Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft, in der sie in großem Elend schufteten, graduell und kontrolliert in produktivere Industrie-arbeitsplätze umzusetzen. Das war nicht nur wegen der riesigen Landbevölkerung recht einfach, sondern auch, weil die neuen Industriebranchen keine bestehenden Unternehmen bedrohten. Heute ist die Lage schwieriger, unter anderem wegen des demografischen Wandels. Als China noch ein Land mit niedrigen Einkommen war, waren die Früchte des Wachstums auch eindrucksvoller. Wer sein erstes Paar Schuhe bekommt, erlebt einen großen Fortschritt. Das zweite Paar Schuhe ist immerhin noch eine Verdopplung des Bestandes. Das fünfte oder sechste Paar sind dagegen eigentlich unwichtig. Sobald die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung und Unterkunft befriedigt sind, werden Menschen anspruchsvoller und wollen wissen, wie es langfristig weitergeht. Vermutlich soll die nationalistische Rhetorik von Xi Jinping von solchen Dingen ablenken.

Will die Partei immer noch aus Fehlern lernen – zum Beispiel im Kontext der neuen Seidenstraßenpolitik, mit der China Infrastrukturprojekte in Entwicklungsländern finanziert? Staatsschulden sind wieder ein großes Problem, und zwar nicht nur in Afrika.

Chinas Kreditvergabe ist viel zurückhaltender geworden. Die Verantwortlichen wollen nicht ihr Gesicht verlieren, also sprechen sie nicht öffentlich von Fehlern. Ihr Handeln zeigt aber, dass sie Risiken jetzt deutlicher wahrnehmen. Der Höhepunkt der Darlehensauszahlungen ist neun Jahre her. Anfangs dachten Entscheidungstragende, sie könnten mehrere Probleme gleichzeitig lösen, indem sie Privatfir-

men Vorhaben im Ausland mit staatlichen Krediten umsetzen ließen. Sie wollten Handelschancen verbessern, heimische Beschäftigungsprobleme reduzieren und Chinas internationales Ansehen stärken. Sie haben mittlerweile erlebt, dass Dinge schief laufen können, und dass Korruption solche Probleme oft verschlimmert.

Wie sieht es mit Korruption in China selbst aus?

Weil das Land kaum Kontrollmechanismen hat, wird sie immer ein Thema bleiben. Studien zeigen jedoch, dass die Partei sie im Griff behalten will. Autoritäre Regime nutzen Anti-Korruptionskampagnen meistens, um Opponierende aus Führungspositionen zu entfernen. Dagegen scheint Chinas Regime tatsächlich die illegitime Selbstbereicherung im Apparat möglichst stark einschränken zu wollen.

Was können Entwicklungsländer von China lernen?

Jedenfalls nicht, dass staatlich gelenkte Wirtschaft automatisch Entwicklung bringt. Eine richtige Lehre wäre vielmehr, dass Fakten wichtig sind und dass aus Fehlern gelernt werden muss. Wichtig ist zudem eine Vorstellung vom Gemeinwohl im Sinne einer gemeinsamen Verpflichtung

aller, die Macht ausüben, Entwicklung und Wachstum voranzubringen. Es ist zwar klar, dass das chinesische Regime repressiv agiert, wenn es sich bedroht fühlt, andererseits hat es jedoch verstanden, sich in den Augen der Bevölkerung durch die Verbesserung des Lebensstandards Legitimität zu verschaffen. Auf diese Art von Legitimität kommt es übrigens auch in westlichen Ländern an. Trotz demokratischer Verfassungen lassen weitverbreitete wirtschaftliche Sorgen und soziale Unzufriedenheit die Zustimmung für autoritäre rechte Kräfte wachsen, die dann die Legitimität der Regierung infrage stellen. Um das zu ändern, müssen Staaten den Bedürfnissen und Erwartungen der Menschen wieder gerecht werden.



STEFAN DERCON

lehrt Entwicklungsökonomie an der Universität Oxford. Sein Buch „Gambling on development – Why some countries win and others lose“ (London, 2023; Hurst & Company) enthält auch ein Kapitel über China.

stefan.dercon@economics.ox.ac.uk



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website www.dandc.eu hin.



CHINA IN ZAHLEN

Weltweit größter Exporteur, Emittent von Klimagasen und bilateraler Kreditgeber für Afrika

In den vergangenen vier Jahrzehnten hat sich China zu einem der wichtigsten Akteure auf der Weltbühne entwickelt, was auch auf seinen wachsenden Einfluss im Globalen Süden zurückzuführen ist. Hier sind neun Zahlen und Fakten, die diesen Aufstieg veranschaulichen.

VON LUCIA DEON

1,4 Milliarden

Menschen leben in China. Anfang der 1980er-Jahre lag diese Zahl noch unter einer Milliarde. Der Höchststand wurde Anfang der 2020er-Jahre erreicht. Seitdem ist die Bevölkerungszahl rückläufig, sodass China von Indien als bevölkerungsreichstes Land der Welt abgelöst wurde. (1)

3,8 Billionen Dollar

betrug der Wert chinesischer Exporte von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2025. Kein anderes Land exportierte in größerem Umfang. (4)

19,6 Billionen Dollar

betrug Chinas Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025, Platz zwei weltweit hinter den USA (30,8 Billionen Dollar). Im Jahr 2005 lag Chinas BIP noch bei 2,3 Billionen (5. Platz weltweit). (3)

Etwa 800 Millionen

Chines*innen konnten zwischen Ende der 1970er- und Anfang der 2020er-Jahre aus der extremen Armut befreit werden. Diese Entwicklung machte etwa drei Viertel des weltweiten Rückgangs der Zahl der Menschen in extremer Armut aus. (2)

44,3 %

der chinesischen Warenexporte gingen im Jahr 2024 in Länder des Globalen Südens – deutlich mehr als in die USA (14,7%) oder in westeuropäische Länder (13,8%). (5)

Mehr als 900

Infrastrukturprojekte im Globalen Süden wurden zwischen 2008 und 2024 von China finanziert, mit insgesamt mehr als 315 Milliarden Dollar. Die Mittel flossen in Sektoren wie Verkehr, Energie, Information und Kommunikation sowie Wasser, Abwasserentsorgung und Abfallwirtschaft. (6)

29,2 %

der weltweiten Treibhausgasemissionen stammten im Jahr 2024 aus China. Das ist mehr als die Emissionen der drei nächstgrößten Emittenten zusammen: die USA (11,1 %), Indien (8,2 %) und die EU (5,9 %). (8)

62,2 Milliarden Dollar

war die Höhe der Schulden afrikanischer Länder bei chinesischen staatlichen Kreditgebern im Jahr 2024. Dies macht etwa neun Prozent der Auslandsverschuldung Afrikas aus. Darüber hinaus hatten afrikanische Länder Schulden in Höhe von 20,1 Milliarden Dollar bei chinesischen privaten Kreditgebern. China ist Afrikas größter bilateraler Kreditgeber. (7)

43,9 %

der weltweiten Kapazitäten an erneuerbaren Energien sind in China installiert. Fossile Brennstoffe liefern 58 % der Elektrizität in China. (9), (10)



LUCIA DEON

studiert Kommunikationswissenschaften.

euz.editor@dandc.eu

Quellen:

1. [UN Population Fund, Population Data Portal.](#)
2. [World Bank, 2022: Four decades of poverty reduction in China. Drivers, insights for the world, and the way ahead.](#)
3. [International Monetary Fund datamapper.](#)
4. [General Administration of Customs, People's Republic of China.](#)
5. [S&P Global, 2025: China Inc. heads to Global South in the age of tariffs.](#)
6. [Ray, R., et al., 2025: Reviving Chinese development finance in the Global South. Boston University Global Development Policy Center.](#)
7. [ONE Data, Overview African Debt.](#)
8. [European Commission, 2025: GHG emissions of all world countries.](#)
9. [International Renewable Energy Agency \(IRENA\), 2026: Renewable capacity statistics 2026.](#)
10. [Ember, Key energy data for China.](#)



Die von China gebaute Entebbe-Schnellstraße in Uganda.

AFRIKA

China hat eine Hauptrolle — doch das Drehbuch muss Afrika schreiben

China spielt inzwischen zweifellos eine zentrale Rolle in Afrikas Entwicklungsgeschichte. Die entscheidende Frage ist nun, ob afrikanische Staaten diese Rolle mit ihren eigenen Vorstellungen in Einklang bringen können.

VON RONALD SSEGUJJA SSEKANDI

In Ugandas Hauptstadt Kampala ist China an jedem beliebigen Tag nicht zu übersehen. Chinesische Supermärkte, Restaurants und Großhandelsgeschäfte gehören sowohl im Stadtzentrum als auch in den schnell wachsenden Vororten längst zum Stadtbild. Studierende besuchen Mandarin-Kurse am Konfuzius-Institut der Makerere-Universität, in der Hoffnung, dadurch Zugang zu Stipendien, Arbeitsplätzen oder Geschäftsmöglichkeiten zu erhalten. Chinesische Motorräder schlängeln sich durch den Verkehr auf Straßen, die von chinesischen Firmen gebaut wurden, und hiesige Unternehmen sind auf Infrastruktur angewiesen, die mit chinesischen Krediten finanziert wurde.

Nirgends in Afrika ist China mehr eine ferne Großmacht. Das Land ist Teil des Alltags. Das spiegelt sich auch in den Zahlen wider: Das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und Afrika hat 2025 mit 348 Milliarden Dollar einen neuen Höchststand erreicht. Damit war China bereits das 17. Jahr in Folge Afrikas wichtigster bilateraler Handelspartner. Doch Chinas Einfluss reicht weit über den Handel hinaus. Er zeigt sich in Infrastrukturprojekten, an Universitäten, in diplomatischen Beziehungen und angesichts der sich wandelnden Weltordnung zunehmend auch in politischen Entscheidungen afrikanischer Regierungen.

Chinas wachsender Einfluss birgt sowohl Chancen als auch Probleme. Er bietet afrikanischen Ländern alternative Finanzierungs-, Handels- und Investitionsmöglichkeiten, wirft aber auch Fragen hinsichtlich Verschuldung und Abhängigkeit auf.

EINE VERÄNDERTE WIRTSCHAFTSLANDSCHAFT

Chinesische Unternehmen sind heute zentrale Akteure in Bereichen, die früher von westlichen Bauunternehmen und multilateralen Institutionen dominiert wurden. Auf dem gesamten Kontinent haben sie Straßen, Eisenbahnen, Flughäfen und Energieanlagen in einem Umfang und mit einer Geschwindigkeit errichtet, die viele afrikanische Regierungen mit ihren traditionellen Partnern kaum hätten erreichen können.

Uganda ist ein anschauliches Beispiel für diesen Wandel. Chinesische Unternehmen haben eine führende Rolle beim Bau großer Infrastrukturprojekte wie der Wasserkraftwerke Karuma und Isimba sowie der Schnellstraße zwischen Kampala und Entebbe gespielt. Der Umfang dieser Projekte ist beträchtlich. Das 2024 in Betrieb genommene Karuma-Wasserkraftwerk mit einer Leistung von 600 Megawatt beispielsweise kostete rund 1,7 Milliarden Dollar. Etwa 85 % davon wurden durch einen Kredit der chinesischen Exim-Bank finanziert.

Die Hinwendung zu China erklärt sich auch dadurch, dass Peking bereit ist, große Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Kredite, Bauleistungen und Ausrüstung werden häufig

über staatlich unterstützte Unternehmen gebündelt angeboten, auch wenn China in den vergangenen zehn Jahren weniger direkte Kredite vergeben hat als zuvor. Für Regierungen mit dringendem Entwicklungsbedarf ist dieses Modell attraktiv, weil es sichtbare Ergebnisse noch innerhalb einer politischen Amtszeit zutage fördert. Gleichzeitig gibt es jedoch Bedenken hinsichtlich Transparenz, Vergabeverfahren und langfristiger Schuldentragfähigkeit.

DER REIZ DER NICHTEINMISCHUNG

Afrikanische Politiker*innen begegnen diesen Sorgen häufig mit dem Hinweis, dass auf diese Weise Infrastrukturdefizite geschlossen würden, die westlich geprägte Ansätze oft nicht beheben konnten. Ein wesentliches Merkmal des chinesischen Engagements ist die offiziell vertretene Politik der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Anders als viele westliche Geber knüpft China seine Finanzierungen in der Regel nicht an Bedingungen in den Bereichen Regierungsführung oder Menschenrechte.

Für viele afrikanische Regierungen ist das ein entscheidender Vorteil. Dort, wo westliche Auflagen als bevormundend oder als Hindernis wahrgenommen werden, erscheint Chinas Ansatz pragmatischer und respektvoller gegenüber staatlicher Souveränität.

„Während
Wirtschaftsfragen oft
die Schlagzeilen
beherrschen, dehnt sich
Chinas Einfluss auch
still und leise durch
Bildung, Stipendien und
kulturellen Austausch
aus.“

Ugandas Präsident Yoweri Museveni, der das Land seit mehr als 40 Jahren regiert, betont regelmäßig die Bedeutung von Infrastrukturfinanzierungen ohne umfangreiche politische Bedingungen. Für ihn ist die Partnerschaft mit China ein bevorzugter Weg, die Entwicklungslücken Ugandas zu schließen.

Kritiker*innen sehen das anders. Sie argumentieren, dass sich ohne politische Auflagen mangelnde Rechenschaftspflichten und bestehende politische Strukturen verfestigten, während Anreize für Reformen wegfielen.

DIE NEUE SEIDENSTRASSE ZWISCHEN ENTWICKLUNG UND ABHÄNGIGKEIT

Ein großer Teil von Chinas Engagement in Afrika steht im Zusammenhang mit der Belt and Road Initiative (BRI), der sogenannten Neuen Seidenstraße. Über sie wurden Verkehrsnetze, Häfen, Energieprojekte und Industrieinfrastruktur auf dem gesamten Kontinent finanziert. Befürworter*innen argumentieren, diese Investitionen trügen dazu bei, Afrikas Infrastrukturdefizite zu verringern, die Unternehmenskosten zu senken und die Industrialisierung voranzutreiben. Kritiker*innen verweisen dagegen auf eine steigende Schuldenlast, auf die Dominanz chinesischer Unternehmen bei manchen Projekten sowie auf den teilweise begrenzten Transfer von Technologie und Fachwissen. Hinzu kommt die Sorge, manche Länder könnten zu stark von chinesischer Finanzierung und chinesischen Märkten abhängig werden.

Einige Beobachter*innen sprechen deshalb sogar von neokolonialen Zügen in Teilen des chinesischen Engagements. Dieser Vergleich ist umstritten. China regiert keine afrikanischen Gebiete und übt auch keine direkte politische Kontrolle aus, wie sie mit einer Kolonialherrschaft verbunden ist. Allerdings prägen weiterhin Fragen zur Abhängigkeit, Verhandlungsmacht und dazu, ob die lokale Wirtschaft ausreichend von diesen Investitionen profitiert, die Debatte.

Letztlich dürfte wohl weniger entscheidend sein, ob China früheren Kolonialmächten ähnelt, als vielmehr, ob afrikanische Staaten ausreichend von der Partnerschaft profitieren. Straßen, Kraftwerke und Handelsmöglichkeiten sind wichtig. Ebenso entscheidend sind jedoch Technologietransfer, lokale Beschäftigung, industrielle Entwicklung und die Fähigkeit afrikanischer Regierungen, aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln.

CHINAS NULLZOLL-REGELUNG

Neben den großen Infrastrukturprojekten gewinnt der Handel zunehmend an Bedeutung. Unter Präsident Xi Jinping gewährt China seit Mai dieses Jahres 53 afrikanischen Staaten zollfreien Zugang zum chinesischen Markt. Von dieser Regelung ausgenommen ist lediglich Eswatini, das wegen seiner Beziehungen zu Taiwan außen vor bleibt. Die Maßnahme erweitert frühere chinesische Präferenzregelungen, die vor allem den am wenigsten entwickelten Ländern zugutekamen, und wird allgemein als Signal verstanden, dass Peking die Handelsbeziehungen zu Afrika weiter vertiefen möchte.

„Chinas Einfluss ist in weiten Teilen Afrikas insgesamt positiv besetzt. Laut einer Afrobarometer-Umfrage bewerten rund 63 % der Befragten in 34 afrikanischen Ländern Chinas wirtschaftlichen und politischen Einfluss positiv.“

Für Länder wie Uganda ergeben sich daraus große Chancen. Fischprodukte sowie Kaffee, Kakao, Sesam und andere Agrargüter könnten leichter Zugang zu einem der größten Verbrauchermärkte der Welt erhalten. Uganda exportierte 2024 Waren im Wert von rund 92,6 Millionen Dollar nach China, importierte jedoch Produkte im Wert von mehr als 2,7 Milliarden Dollar. Das verdeutlicht das enorme Handelsungleichgewicht, das die Regierung verringern möchte.

GEFÄHRDET DER HANDEL MIT CHINA DIE AfCFTA?

Chinas Nullzoll-Regelung wirft zugleich Fragen über Afrikas eigene Handelsambitionen auf. Die Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCFTA), die die Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union in der bevölkerungsreichsten Freihandelszone der Welt vereint, soll den Handel innerhalb Afrikas stärken. Einige Ökonom*innen befürchten nun, dass der erleichterte Zugang zum chinesischen Markt afrikanische Staaten dazu verleiten könnte, sich weiterhin stärker nach außen zu orientieren, statt den regionalen Handel auszubauen.

Andere betrachten beide Initiativen als komplementär. Ein besserer Zugang zum chinesischen Markt könnte afrikanische Unternehmen dazu anregen, ihre Produktion auszuweiten, während die AfCFTA eine regionale Plattform bietet, auf der Güter verarbeitet, weiterverarbeitet und gehandelt werden können, bevor sie globale Märkte erreichen.

Entscheidend wird sein, ob Afrika diese Chancen nutzt, um mehr verarbeitete Produkte zu exportieren und damit ei-

nen größeren Teil der Wertschöpfung auf dem Kontinent zu halten, statt weiterhin vor allem Rohstoffe auszuführen. Gelingt dies, könnten Chinas Zollvergünstigungen die Industrialisierung und Exportdiversifizierung fördern. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sich die seit Langem bestehenden Muster verfestigen, nach denen Afrika Rohstoffe exportiert und Industriegüter importiert.

Die Herausforderung besteht daher nicht nur darin, einfach mehr nach China zu verkaufen, sondern anders zu verkaufen – etwa gerösteten Kaffee statt Kaffeebohnen oder verarbeitete Mineralien statt unverarbeitetem Erz. Nur so können Handelsbeziehungen ausgewogener und für beide Seiten vorteilhaft werden.

CHINAS LEISERER EINFLUSS

Während Wirtschaftsfragen oft die Schlagzeilen beherrschen, dehnt sich Chinas Einfluss auch still und leise durch Bildung, Stipendien und kulturellen Austausch aus. Tausende afrikanische Studierende absolvieren ihr Studium in China, viele von ihnen mit Stipendien der chinesischen Regierung. Bereits vor der Covid-19-Pandemie gehörte China zu den wichtigsten Studienzielen für Afrikaner*innen außerhalb des Kontinents. In Uganda bietet das Konfuzius-Institut der Makerere-Universität Mandarin-Kurse für Studierende, Berufstätige und Unternehmer*innen an, die von Chinas wachsender Präsenz profitieren möchten.

Für viele junge Afrikaner*innen ist China heute nicht mehr nur Entwicklungs- oder Handelspartner, sondern auch ein Ort, an dem sich berufliche Netzwerke aufbauen und Karrierechancen erschließen lassen. Zugleich wächst das Interesse an der chinesischen Kultur und Gesellschaft. Ob daraus langfristig politischer Einfluss entsteht, bleibt offen. Fest steht jedoch, dass diese Form der Soft Power in Diskussionen über Chinas Rolle in Afrika häufig unterschätzt wird.

WIE AFRIKA CHINA WAHRNIMMT

Gleichzeitig ist die öffentliche Wahrnehmung Chinas in Afrika keineswegs einheitlich. Während Regierungsvertreter*innen häufig die Vorteile von Infrastrukturprojekten, Handel und Investitionen hervorheben, äußern lokale Unternehmen mitunter Bedenken wegen der Konkurrenz chinesischer Firmen, insbesondere im Bau- und Einzelhandelssektor.

In Uganda verbinden viele Menschen China vor allem mit Straßen, den genannten Kraftwerken und günstigen Konsumgütern. Chinesisch finanzierte Infrastruktur gilt häufig als sichtbarer Beleg für Entwicklung. Gleichzeitig kommen immer wieder Zweifel auf hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, des Umgangs mit lokalen Auftragnehmer*innen und der wachsenden Schuldenverpflichtungen des Landes.

„Die Herausforderung besteht nicht nur darin, mehr nach China zu verkaufen, sondern anders zu verkaufen.“

Dennoch ist Chinas Einfluss in weiten Teilen Afrikas insgesamt positiv besetzt. Laut einer Afrobarometer-Umfrage bewerten rund 63 % der Befragten in 34 afrikanischen Ländern Chinas wirtschaftlichen und politischen Einfluss positiv. Besonders häufig wird dabei die Infrastrukturentwicklung als Grund genannt.

Hinzu kommt eine generationelle Dimension. Jüngere Afrikaner*innen, die über digitale Plattformen zunehmend global vernetzt sind, entwickeln eigene Perspektiven, die sich oft weniger an historischen Bündnissen und stärker an wirtschaftlichen Chancen, Beschäftigungsmöglichkeiten und Unternehmertum orientieren.

Eines steht fest: Chinas Rolle in Afrika lässt sich nicht auf ein einziges Narrativ herunterbrechen. Für afrikanische Staaten besteht die Herausforderung nicht darin, sich zwischen China und anderen Partnern zu entscheiden. Entscheidend ist vielmehr, dass alle internationalen Partnerschaften den eigenen Entwicklungszielen dienen. Der wahre Maßstab für ihren Erfolg wird sein, ob sie Arbeitsplätze schaffen, lokale Industrien stärken und langfristigen Wohlstand fördern. In diesem Sinne ist die Geschichte Chinas in Afrika letztlich vor allem eine Geschichte über Afrika selbst – seine Entscheidungen, seine Verhandlungsmacht und seinen Platz in einer sich wandelnden Welt.



RONALD SSEGUJJA SSEKANDI

ist ein Autor aus Uganda.

sekandiron@gmail.com

Ein afrikanischer Journalist lässt auf dem Gipfeltreffen des Forums für chinesisch-afrikanische Zusammenarbeit (FOCAC) 2024 in Peking einen Drachen steigen.



Foto: picture alliance / Xinhua News Agency / Li He

MEDIEN

Wie China seinen Einfluss auf Afrikas Medien ausbaut

*Staatsnahe chinesische Unternehmen investieren zunehmend in die Medieninfrastruktur Afrikas. Das Land hat seine Partnerschaften im Bereich der Content-Produktion ausgebaut, beispielsweise durch die Finanzierung von Reisen afrikanischer Journalist*innen und Influencer*innen in große chinesische Städte. Dies birgt die Gefahr einer „Verwässerung“ des Journalismus, insbesondere angesichts der prekären Lage der Medienbranche auf dem Kontinent. Mit der Verschärfung des geopolitischen Wettbewerbs wird Chinas Einfluss in Afrika weiter zunehmen.*

Wer sich derzeit die Social-Media-Beiträge von Journalist*innen oder Influencer*innen in Kenia ansieht, stößt wahrscheinlich auf ein Foto eines Journalisten, der auf der Chinesischen Mauer wandert, oder auf ein Video einer Influencerin, die in den Straßen einer chinesischen Stadt tanzt. Dies ist zum Teil auf die Bemühungen der chinesischen Botschaft in Nairobi zurückzuführen, Medienvertreter*innen nach China einzuladen, aber auch auf die wachsende Beliebtheit chinesischer Social-Media-Apps in Kenia.

Laut einem Bericht des US-Technologieunternehmens Cloudflare aus dem Jahr 2025 ist TikTok in Kenia die zweitbeliebteste Social-Media-Plattform (nach Facebook) und nach Google und Facebook die drittgrößte Quelle des gesamten Internetverkehrs. Selbst unter den Messaging-Apps belegen die chinesischen Plattformen QQ und WeChat den zweiten und dritten Platz und liegen damit nur hinter WhatsApp.

China ist ein neuer Akteur in einer Region, in der das koloniale Erbe der westlichen Länder nach wie vor stark präsent ist – und das zu einer Zeit, in der der geopolitische Wettbewerb zwischen den Großmächten der Welt um das Wachstumspotenzial Afrikas und seine riesigen Bodenschätze in vollem Gange ist, sagt Admire Mare, Leiter des Fachbereichs für Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Universität Johannesburg in Südafrika.

Laut Mare dienen Chinas Investitionen in afrikanische Medien der politischen und wirtschaftlichen Agenda des asiatischen Riesen. „Es geht darum, ihnen den Einstieg zu erleichtern“, sagt Mare. „Wenn man sich alle Medieninvestitionen ansieht, die China in Afrika getätigt hat, dann ist das Ziel, eine positive Berichterstattung über China zu fördern.“

Emeka Umejei, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaften der Universität Johannesburg und Autor des Buches „China in African media“, ist derzeit Gastwissenschaftler an der Academia Sinica in Taiwan. Seiner Ansicht nach scheint China subtil von einer staatlich gelenkten Medienexpansion zu einer stärker verankerten Form der Einflussnahme übergegangen zu sein, die auf Partnerschaften mit lokalen Medien sowie der Zusammenarbeit mit Journalist*innen und Influencer*innen basiert.

TRADITIONELLE UND SOZIALE MEDIEN

China hatte bereits zuvor Medienorganisationen in Afrika aufgebaut, darunter Rundfunk (China Radio International), Fernsehen (China Global Television Network, CGTN), Printmedien (China Daily) und digitale Medien (Websites und Social-Media-Seiten). Darüber hinaus unterhält die chine-

sische Nachrichtenagentur Xinhua 37 Korrespondentenbüros in Afrika. Diese Organisationen pflegen aktive Partnerschaften und Vereinbarungen zum Austausch von Inhalten mit afrikanischen Medien.

China verlasse sich jedoch nicht mehr ausschließlich auf seine Medienunternehmen, um die Herzen und Köpfe der Menschen in Afrika für sich zu gewinnen, erklärt Umejei. „Es nutzt eine Vielzahl von Kanälen. Am wirksamsten sind dabei die von China finanzierten Journalistenaustauschprogramme, Medienpartnerschaften und Vereinbarungen zum Austausch von Inhalten“, sagt er.

Es scheint daher, dass China derzeit eine zweigleisige Strategie verfolgt, bei der es traditionelle Medien nutzt, um seine Glaubwürdigkeit zu stärken, und gleichzeitig auf soziale Medien setzt, um junge Zielgruppen für sich zu gewinnen.

In Kenia haben chinesische Nachrichtenorganisationen Vereinbarungen mit Medieninstitutionen wie der Kenya News Agency, der Kenya Broadcasting Corporation (dem staatlichen Rundfunkveranstalter) und dem Media Council of Kenya geschlossen. Diese Vereinbarungen umfassen Bereiche wie Fortbildung, Ausrüstung, Stipendien und Austauschprogramme.

„Medienunternehmen im Westen haben ihre Reporterteams in Afrika reduziert, was dazu führt, dass wichtige Themen nicht mehr behandelt werden.“

Gleichzeitig stellten die Autor*innen eines Berichts von „Africa Check“ – einer Organisation, die sich für Informationsresilienz, Faktenprüfung und Medienkompetenz einsetzt – einen Anstieg der „Influencer-Diplomatie“ fest. Damit ist der Einsatz von Influencer*innen mit großer Reichweite gemeint, um chinesischen Narrativen eine Plattform zu bieten. „Das Risiko für die öffentliche Meinung liegt in der Entstehung einer emotionalen, weitgehend unkritischen Sympathie insbesondere bei jüngeren kenianischen Zielgruppen gegenüber

chinesischen Interessen. Indem ästhetische Aspekte und persönliches Storytelling im Vordergrund stehen, können Influencer-Inhalte eine politikorientierte Debatte durch oberflächliche Lifestyle-Erzählungen verdrängen und so möglicherweise die Empfänglichkeit für externe Einflüsse erhöhen“, erklären die Verfasser*innen.

INVESTITIONEN IN DIE KOMMUNIKATIONS-INFRASTRUKTUR

China investiert zudem in afrikanische Medienunternehmen und in die Kommunikationsinfrastruktur, beispielsweise durch ein umstrittenes Projekt, das 2016 ins Leben gerufen wurde: Als Sambia bei der Einführung digitaler Rundfunkdienste auf Schwierigkeiten stieß, sprang der einflussreiche Medienkonzern StarTimes – der enge Verbindungen zur chinesischen Regierung unterhält – ein und half durch die Gründung eines Joint Ventures, an dem er einen Anteil von 60 % hält.

StarTimes hat auch eine Schlüsselrolle beim Übergang Kenias zum digitalen Fernsehen gespielt, und Zahlen der staatlichen Kommunikationsbehörde vom März zeigen, dass das Unternehmen 44 % des kenianischen Marktes für digitales Fernsehen beherrscht.

„Es scheint, dass China derzeit eine zweigleisige Strategie verfolgt.“

Ein weiteres Beispiel ist der chinesische Technologieriese Huawei: Der Konzern arbeitet weiterhin mit dem kenianischen Unternehmen Safaricom, dem größten Telekommunikationsanbieter Ostafrikas, beim Aufbau von 5G-Netzen und der Infrastruktur für mobile Zahlungsdienste zusammen.

REISEN NACH CHINA ALS „SOFT POWER“

Chinas „Soft Power“ beruht darauf, dass einige Influencer*innen und Journalist*innen in Afrika – deren Medienunternehmen sich kaum Gehälter leisten können – sich China gegenüber verpflichtet fühlen, wenn sie zu einem Besuch eingeladen werden und eine Spesenpauschale erhalten. Laut dem Wissenschaftler Umejei berichten sie dann wahrscheinlich in einer chinafreundlichen Weise, in der Hoffnung, sich bei der örtlichen chinesischen Botschaft beliebt zu machen und erneut eingeladen zu werden.

„Einige von ihnen sind dorthin gereist und mit Geld zurückgekehrt. Damit haben sie Häuser gebaut oder laufende Projekte fertiggestellt. Manche haben sich Autos gekauft“,

sagt Umejei unter Berufung auf Interviews mit Journalist*innen aus mehreren afrikanischen Ländern. Er fügt hinzu, dass einige der Begünstigten solcher Reisen nach China „in Redaktionen in ganz Afrika beginnen, sich für [Chinas] wirtschaftliche und politische Interessen einzusetzen, weil sie dorthin zurückkehren wollen.“

Das wirft einige ernste Fragen auf. Wie kann ein Land, das seine eigenen Journalist*innen inhaftiert, zu einem Anziehungspunkt für afrikanische Medienschaffende werden? Andererseits werben viele Länder um ausländische Journalist*innen – was ist also daran falsch, wenn China dasselbe tut?

MASSNAHMENPAKET ZUR STÄRKUNG DES CHINESISCHEN EINFLUSSES

Umejei erklärt, Chinas Ziel sei es nicht, die Menschen in Afrika davon abzuhalten, Medien zu nutzen, die Interessen der geopolitischen Rivalen Chinas dienen, sondern sicherzustellen, dass pro-chinesische Botschaften die breite Öffentlichkeit in Afrika erreichen.

Berichte auf chinesischen Plattformen konzentrieren sich auf Megaprojekte, Tourismus und Erfindungen, um China als „entwickelt“ darzustellen. Die engen Verbindungen zwischen China und afrikanischen Regierungen sowie die seltene oder gänzlich fehlende kritische Berichterstattung über Demokratie, Wahlen oder Freiheit in den chinesischen Medien haben jedoch zweifellos Kritik seitens des afrikanischen Publikums hervorgerufen.

„Wenn es um politische oder wirtschaftliche Nachrichten geht, wird niemand CGTN vertrauen. Bei Themen wie Tourismus, Dokumentationen und Abenteuersendungen hingegen entscheiden sich die Zuschauer durchaus für CGTN“, sagt Umejei.

Mare fügt hinzu, dass Chinas aggressive Selbstdarstellung in den traditionellen und sozialen Medien sowie in der Unterhaltungsindustrie Teil des Instrumentariums ist, mit dem China seinen Einfluss in Afrika ausbauen will. Vor allem geht es darum, die eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen zu festigen – insbesondere angesichts rückläufiger Medieninvestitionen aus dem Westen.

DER WESTEN FÄLLT IN DER AFRIKANISCHEN MEDIENLANDSCHAFT ZURÜCK

Mare merkt an, dass die Befürchtungen des Westens hinsichtlich des chinesischen Einflusses in den afrikanischen Medien vor dem Hintergrund der rückläufigen westlichen Investitionen in die Medienentwicklung in Afrika betrachtet werden sollten. Stipendien und Austauschprogramme für Journalist*innen in westlichen Hauptstädten seien in den letzten zwei Jahrzehnten drastisch zurückgefahren worden, argumentiert er.

Zudem haben Medienunternehmen im Westen ihre Reporterteams in Afrika reduziert, was dazu führt, dass wichtige Themen nicht mehr behandelt werden und sie dadurch ihr afrikanisches Publikum verlieren. Einige der Medien, die früher über geopolitisch relevante Themen aus Afrika berichteten, sehen sich in ihren Heimatländern politischem Druck ausgesetzt; so laufen beispielsweise derzeit gegen mehrere Medienunternehmen Gerichtsverfahren in den USA.

All diese Faktoren haben China zu einem festen Platz in den Redaktionen des Kontinents verholfen. In den letzten zwei Jahrzehnten haben sich immer mehr afrikanische Journalist*innen chinesischen Medienunternehmen angeschlossen, sind nach China gereist und haben für chinesische Publikationen geschrieben.

Auch aus anderen Gründen ist dieser Trend kaum überraschend. Von westlichen Gebern finanzierte Medienförderungsanstalten sind in die Kritik geraten, weil sie Medienexpert*innen auf den Kontinent holen, um afrikanische Journalist*innen in westlichem Journalismus zu schulen. „Manche dieser Leute verstehen nicht einmal den Kontext, und das ist für mich ein Problem, denn man kann nicht einfach hierherkommen und eine Diagnose stellen, von der man keine Ahnung hat“, sagt Mare.

Schließlich müssen afrikanische Medienschaffende, die im Rahmen eines Stipendiums oder Austauschprogramms in den Westen reisen möchten, strenge Visabestimmungen erfüllen, zu denen in manchen Fällen auch die Angabe ihres Einkommens gehört. Da Journalist*innen auf dem Kontinent schlecht bezahlt werden, dürften nur sehr wenige die finanziellen Kriterien erfüllen, die für die Erteilung eines Visums für den Westen erforderlich sind. Ein Visum für China im Rahmen der geförderten Stipendien zu erhalten, ist hingegen, so Mare, wesentlich einfacher.

QUELLEN

Umejei, E., 2026: China in African media: between influence operations and decolonization. Bloomsbury Publishing.

Africa Check, 2026: Soft power and hard (newsroom) choices: Mapping Kenya-China media ties and risks to information resilience.



ALPHONCE SHIUNDU

ist ein kenianischer Journalist, Redakteur und Faktenchecker.

shiunduonline@gmail.com



Abonnieren Sie E+Z
auf WhatsApp!



Chinas Wärmebildkameras werden weltweit exportiert und zunehmend auch für Überwachungszwecke genutzt.

Foto: picture alliance / CFOTO

INTERNET-GOVERNANCE

Zwischen staatlicher Souveränität und Zensur

Chinas Vorstellungen davon, wie der Informationsfluss im Internet gesteuert werden sollte, finden über die eigenen Landesgrenzen hinaus Anklang. Chinesische Unternehmen exportieren digitale Technologien, die eine staatliche Kontrolle von Online-Inhalten ermöglichen, und China lobbyiert international für mehr staatliche Souveränität bei der Regulierung des Internets.

VON ISAH SHAFIQ

Im Januar waren die Menschen in Iran nahezu komplett von der Weltöffentlichkeit abgeschnitten: Das Internet war gekappt, Hilferufe kamen nicht mehr an, Informationen nicht mehr außer Landes. Die Regierung hatte schon öfter die Kommunikationsnetze blockiert, nun aber, während riesiger Demonstrationen und schlimmster Repression, wurde auch jene Internetverbindung massiv gestört, die sonst immer noch funktioniert hatte: das Satellitennetzwerk Starlink. Auch weit über die iranische Opposition hinaus war es für viele ein Schock, dass es dem Regime sogar gelang, einen großen Teil der Satellitenverbindungen zu stören.

Das iranische Regime hat ein ausgeklügeltes System von digitaler Blockade, Überwachung und Zensur aufgebaut. Fachleute gehen davon aus, dass es dafür mit der chinesischen Regierung zusammenarbeitet und Technologien chinesischer Staatsunternehmen zum Einsatz kommen. Das jedenfalls passt sehr gut zu Chinas internationaler Netzpolitik und seiner Idee von „digitaler Souveränität“.

Innerhalb Chinas ist das Internet seit jeher staatlich kontrolliert. Zentrale Infrastruktur wie Hauptnetze, Mobilfunknetze und die wichtigsten Übergänge ins Ausland werden weitestgehend von staatlich kontrollierten Telekommunikationsunternehmen betrieben. Strikte Regulierungsrahmen definieren, an welche inhaltlichen Anforderungen sich Plattformen und Anwendungen halten müssen, wenn sie innerhalb dieser Infrastruktur operieren möchten. Ein freier, grenzüberschreitender Informationsfluss jedenfalls gehört nicht zu den Prioritäten chinesischer Internet-Governance. Deshalb versucht das Regime auch seit geraumer Zeit, den eigenen Normen über die eigenen Grenzen hinaus Geltung zu verschaffen.

„China liefert neben physischer Internet-Infrastruktur oftmals auch darin eingebettete Software, die zentralisierte Steuerung und Zensurfunktionen ermöglicht.“

FREIES INTERNET VERSUS STAATLICHE SOUVERÄNITÄT

Seit der Kommerzialisierung des Internets Anfang der 1990er-Jahre hat sich in vielen Bereichen der globalen digitalen Ordnung ein Multi-Stakeholder-Modell etabliert: Staaten, Unternehmen, Zivilgesellschaft und die technische Community gestalten und verwalten weite Teile des Internets. Eine zentrale Intention dahinter: Nichtstaatliche Akteure – insbesondere private Unternehmen mit ökonomischem Interesse an globaler Vernetzung – erschweren staatliche Zensur.

Die Vision vom Internet als einem grenzenlosen, sich selbst regulierenden Raum jenseits traditioneller staatlicher Autorität teilen jedoch längst nicht alle. Vor allem autoritär geführte Staaten lehnen sich schon seit geraumer Zeit dagegen auf. Allen voran China – und dies mit zunehmendem Erfolg. Wie so oft stützt sich Pekings Argumentation dabei auf das Prinzip der staatlichen Souveränität – und darauf, dass das Multi-Stakeholder-Modell trotz seiner liberalen Rhetorik stark US-zentriert sei. Mit diesem Framing trifft China nicht nur bei anderen autoritären Regimen einen Nerv, sondern auch bei Staaten in der Mitte des ideologischen Spektrums zwischen staatsfixierten und liberalen Systemen.

Als Geburtsstätte des Internets behaupten die USA nach wie vor eine strukturell privilegierte Position innerhalb der digitalen Ordnung. Beispielsweise unterliegt die für das Funktionieren des Internets wichtige Internet Corporation for Assigned Names and Numbers (ICANN) weiterhin der US-Jurisdiktion. Die in Kalifornien registrierte Non-Profit-Organisation stellt unter anderem sicher, dass Webadressen (Domainnamen) weltweit einheitlich funktionieren. China fordert seit Längerem, solche zentralen Aufgaben sollten intergouvernementalen Organisationen wie der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) obliegen.

Forderungen nach einer zentraleren Rolle für Staaten bei der Regulierung des Internets existieren bereits seit den frühen 2000er-Jahren. Im Jahr 2012, auf der World Conference on International Telecommunications (WCIT-12), verhärteten sich dann die Fronten. Zur Debatte stand die Frage, ob die ITU auch für Internet-Themen zuständig sein sollte – und diese somit auf eine zwischenstaatliche Ebene geholt werden sollten.

Eine von China und Russland angeführte Koalition aus 89 Staaten, darunter viele Schwellen- und Entwicklungsländer, unterzeichnete einen Vertrag, der entsprechende Passagen enthielt. Dagegen verweigerten 55 vor allem westliche Mitgliedstaaten ihre Unterschrift – aus Sorge um potenzielle staatliche Kontrolle.

CHINAS EXPORT VON ZENSUR-SOFTWARE

Seitdem nahm China immer wieder eine führende Rolle bei Vorstößen zu staatlicher Cybersouveränität ein. Dabei nutzte Peking seine Diskursmacht wiederholt dazu, Staaten aus dem Globalen Süden für Koalitionen innerhalb von UN-Institutionen zu mobilisieren, etwa über nicht westliche Blocks wie die G77 oder die BRICS+.

Parallel dazu nutzt China seine Digitale Seidenstraße, einen zentralen Teilaspekt der Belt and Road Initiative, um die eigenen technischen Normen und Standards in Partnerländer zu exportieren. So liefert China neben physischer Internet-Infrastruktur oftmals auch darin eingebettete Software, die zentralisierte Steuerung und Zensurfunktionen ermöglicht.

Der chinesische Konzern Huawei installierte beispielsweise in mehr als 60 Ländern Telekommunikationsinfrastruktur, die Werkzeuge enthielt, mit denen Regierungen Internetaktivitäten überwachen und in Echtzeit zensieren können. In mindestens 17 Fällen wurde die Technik aktiv für staatliche Zensur eingesetzt, berichteten die Technik-Forscher Valentin Weber und Vasilis Ververis.

spiel folgen? Vermutlich nicht ganz. China und andere autoritäre Staaten haben ein Interesse daran, anschlussfähig zu bleiben – allein schon wegen der wirtschaftlichen Bedeutung des Zugangs zu globalen Märkten und Lieferketten. Das Internet innerhalb autoritärer Staaten wird voraussichtlich also technisch weitgehend kompatibel mit dem der restlichen Welt bleiben, wenn auch gesichert über kontrollierte Durchlässigkeit.

Auch liberale Staaten verhandeln derzeit, wie viel staatliche Kontrolle im Internet sie für nötig erachten. Ein allzu liberaler Informationsfluss kann nicht nur autoritäre, sondern auch liberale politische Systeme destabilisieren, etwa mittels aus dem Ausland gesteuerter Desinformation und anderer Formen der Einflussnahme. Hinzu kommen weitere Aspekte wie etwa der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor problematischen Inhalten. Zwar interpretieren liberale Staaten das Konzept der digitalen Souveränität anders als China, und sie setzen entsprechend andere Grenzen. Dennoch zeigen Gesetze wie der Digital Services Act (DSA) der EU, dass Vernetzung beispielsweise auch in Europa zunehmend an strengere Regeln und Standards geknüpft ist.

„Ein freier,
grenzüberschreitender
Informationsfluss gehört
nicht zu den Prioritäten
chinesischer Internet-
Governance.“

SCHULUNGEN ZUR KONTROLLE DES INTERNETS

Der Technologietransfer wird häufig von chinesischen Ingenieuren begleitet, die lokale Sicherheitskräfte dabei unterstützen, diese Werkzeuge zu verwenden. Chinesische Behörden bieten ausländischen Behörden zudem Schulungen und Workshops zu Themen wie Cyberspace-Kontrolle, Management der öffentlichen Meinung und Überwachung von Online-Dissens an. Auch auf rechtlicher Ebene dient die chinesische Cybersecurity-Gesetzgebung anderen Staaten als Vorbild – das Modell als Ganzes ist also offenbar für viele Staaten attraktiv.

Droht die internationale Vernetztheit also abzubrechen, wenn zunehmend mehr Staaten dem chinesischen Bei-



ISAH SHAFIQ

studiert Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und ist Werkstudent bei E+Z.

isahshafiq@web.de

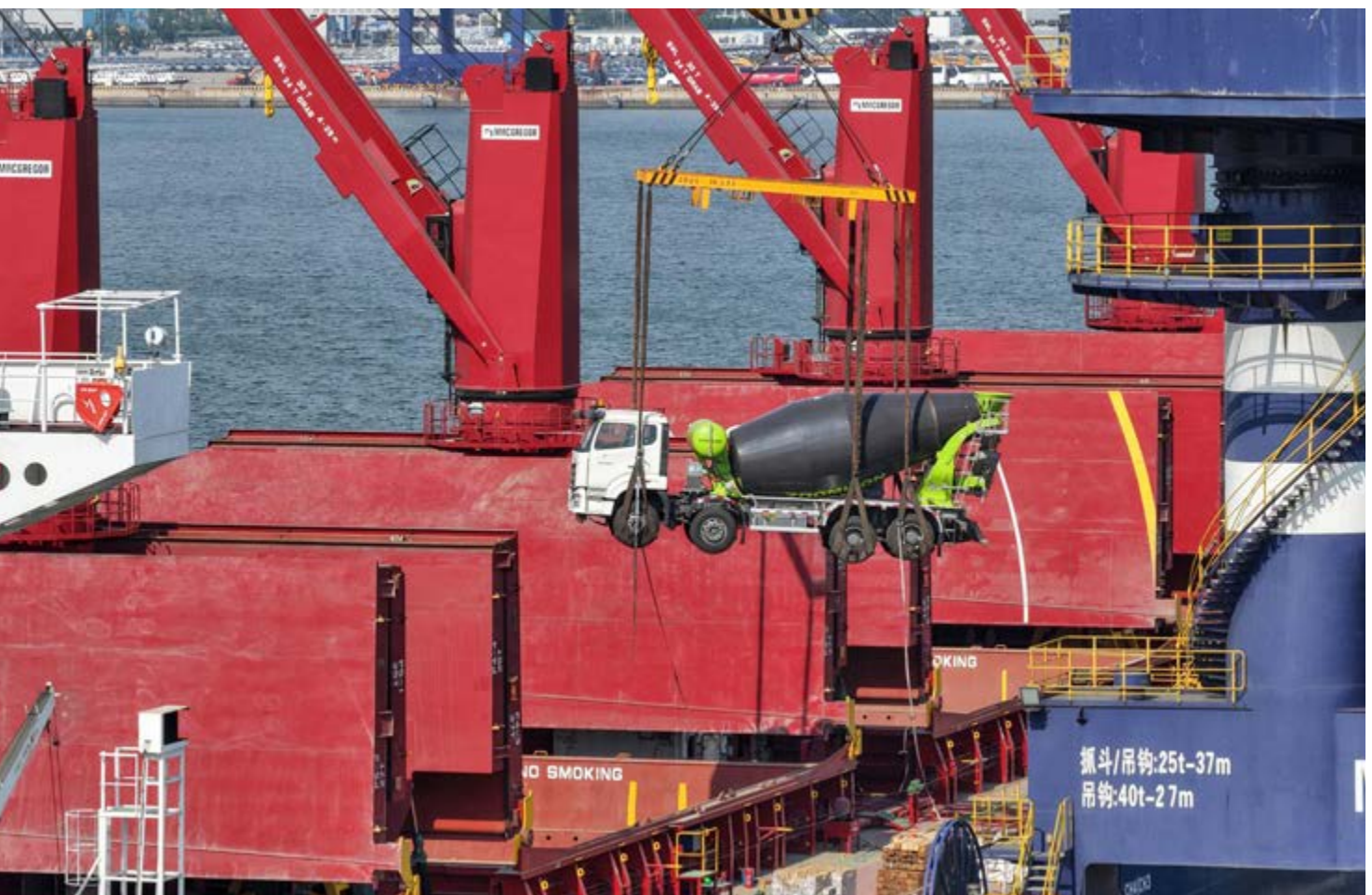
MAKROÖKONOMIE

Wie sich Chinas Exportpolitik auf Entwicklungs- und Schwellenländer auswirkt

China setzt wirtschaftspolitisch auf industrielle Überproduktion und flutet den Weltmarkt mit günstigen Exporten. Davon können Entwicklungs- und Schwellenländer zwar kurzfristig profitieren. Zugleich steigt aber das Risiko, dass die Entwicklung lokaler Industrien und die Schaffung produktiver Arbeitsplätze erschwert werden.

VON WOLFGANG KRIEGER

Verladen eines in China gefertigten Lkw zum Export nach Afrika am Yantai Port in der Provinz Shandong.



Der internationale Handel erlebt derzeit eine Phase tiefgreifender Verschiebungen, und China ist dabei ein wichtiger Faktor. Mit Warenexporten von etwa 3,8 Billionen Dollar und einem Warenhandelsüberschuss von rund 1,2 Billionen Dollar im Jahr 2025 war China mit großem Abstand der weltweit größte Warenexporteur. Zum Vergleich: Die EU erzielte im Jahr 2025 einen Warenhandelsüberschuss von umgerechnet gut 150 Milliarden Dollar, während die USA ein Warendefizit von etwa 1,25 Billionen Dollar verzeichneten.

Chinas Überschuss ist das Ergebnis eines strukturellen Wandels und einer veränderten Handelspolitik: Weil die Inlandsnachfrage schwächelt, treibt die chinesische Regierung gezielt den Ausbau industrieller Kapazitäten in international gefragten Schlüsselbranchen voran – von Elektromobilität über Batterien bis hin zur Solartechnologie. In vielen dieser Sektoren sind inzwischen deutliche Überkapazitäten in der Produktion entstanden, die China im Ausland absetzen möchte.

Die steigende Warenmenge trifft auf Märkte, die zunehmend gesättigt sind oder sich abschotten. In den USA und der EU reagieren Regierungen mit Antidumpingzöllen und industriepolitischen Gegenmaßnahmen. In der Folge fielen beispielsweise Chinas Exporte in die USA im Jahr 2025 aufgrund der höheren US-Zölle um 20 %. Für chinesische Anbieter wächst dadurch der Druck, andere Absatzmärkte auszubauen, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern.

MEHR CHINESISCHE EXPORTE NACH AFRIKA, LATEINAMERIKA UND SÜDOSTASIEN

Dass dies gelingt, zeigen die deutlichen Verschiebungen in den globalen Handelsströmen. Während die Bedeutung der traditionellen Absatzmärkte USA und Europa stagniert oder zurückgeht, wachsen Chinas Verflechtungen mit Entwicklungsregionen weiter dynamisch. Vor allem in Afrika und Lateinamerika steigen die Warenimporte aus China deutlich: 2025 wuchsen die chinesischen Exporte nach Afrika um 25,8 %, in die ASEAN-Staaten um 13,4 %, nach Indien um 12,8 % und nach Lateinamerika um 7,4 %.

In den einzelnen Regionen zeigt sich dabei ein ähnliches Grundmuster in unterschiedlicher Ausprägung: Während Verbraucher*innen und Unternehmen von den niedrigeren Preisen der aus China importierten Waren profitieren, geraten lokale Industrien zunehmend unter Wettbewerbsdruck – insbesondere in arbeitsintensiven Sektoren wie der Textilbranche oder dem einfachen Maschinenbau.

In Lateinamerika zeigt sich insgesamt eine ausgeprägte strukturelle Asymmetrie: China exportierte 2025 laut Daten der chinesischen Zollbehörde Waren für knapp 300 Milliarden

Dollar in die Region. Gleichzeitig lieferte die Region Waren im Wert von etwa 250 Milliarden Dollar nach China, hauptsächlich aus Brasilien, Chile und Peru. In vielen Ländern steigt dadurch das entsprechende Handelsdefizit.

Zugleich verfestigt sich die Abhängigkeit vom Handel mit Primärgütern: Die Länder führen überwiegend unverarbeitete Rohstoffe und Agrarprodukte aus und importieren im Gegenzug höherwertige Industriegüter. Das macht sie anfällig für schwankende Rohstoffpreise und erschwert den Aufbau eigener industrieller Wertschöpfung.

In Afrika ist China für zahlreiche Volkswirtschaften inzwischen der wichtigste Handelspartner. Das bilaterale Handelsvolumen liegt insgesamt bei rund 350 Milliarden Dollar, wobei chinesische Exporte mit 225 Milliarden Dollar Warenwert die Importe aus Afrika mit 123 Milliarden Dollar deutlich übertreffen. Gleichzeitig macht Afrika mit rund 5,5 % nur einen vergleichsweise kleinen Anteil am gesamten chinesischen Außenhandel aus.

In Südostasien wiederum zeigt sich ein stärker integriertes Muster. Die ASEAN-Region ist eng in asiatische Lieferketten eingebunden und profitiert von steigenden Investitionen. Hier liegt das Handelsvolumen mit China insgesamt bei gut einer Billion Dollar, wobei chinesische Exporte mit 665 Milliarden Dollar Warenwert die Importe aus ASEAN-Ländern mit 389 Milliarden Dollar deutlich übertreffen. Außerdem bleibt ein Großteil der technologisch anspruchsvollen Wertschöpfung weiterhin in China konzentriert.

„Während Verbraucher*innen und Unternehmen von den niedrigeren Preisen der aus China importierten Waren profitieren, geraten lokale Industrien zunehmend unter Wettbewerbsdruck.“

„Auf internationaler Ebene könnten multilaterale Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO) dazu beitragen, Wettbewerbsverzerrungen transparenter zu machen und zugleich Entwicklungsländern ausreichend Spielraum für eigene industriepolitische Strategien zu erhalten.“

KURZFRISTIGE GEWINNE, LANGFRISTIGE ZIELKONFLIKTE

Makroökonomisch bietet der Zustrom günstiger Importe zunächst Vorteile. Zum einen dämpft er die Inflation. Zum anderen erleichtern sinkende Preise für Investitionsgüter wichtige Infrastrukturprojekte und industrielle Modernisierung. Ein Beispiel dafür sind erneuerbare Energien: Die Kosten für Solarmodule sanken innerhalb der vergangenen Dekade drastisch und machten diese Technologie in vielen Ländern erstmals breit konkurrenzfähig.

Doch diesen Vorteilen stehen strukturelle Risiken gegenüber. Der zunehmende Importdruck trifft vor allem lokale Industrien, die häufig weder vergleichbare Produktionsgrößen erreichen noch staatliche Förderung erhalten. In der Folge verlieren heimische Unternehmen Marktanteile, Investitionen bleiben aus, und industrielle Lernprozesse verlangsamen sich. Dies kann Beschäftigungsverluste in der Industrie nach sich ziehen, wie sie etwa Mitte der 2010er-Jahre unter dem Schlagwort „China-Schock“ für die USA und später auch für Brasilien und andere Länder beschrieben wurden.

In Südostasien zeigt sich der Effekt günstiger Importe derzeit subtiler: Länder wie Vietnam oder Indonesien integrieren sich zwar erfolgreich in globale Lieferketten, verbleiben jedoch häufig in Produktionssegmenten mit geringerer Wertschöpfung. In einigen Industrien, darunter die Elektronik- und Textilbranche, stammt ein Großteil der Vorprodukte aus dem Ausland, während die lokale Zulieferung begrenzt bleibt.

In afrikanischen Volkswirtschaften wirkt dieser Anpassungsdruck besonders früh im Entwicklungsprozess. Hier kann der Wettbewerb durch günstige Importe den Aufbau einer industriellen Basis bereits im Ansatz erschweren. Die Exportstruktur, oft von Rohstoffen dominiert, verstärkt diese Dynamik zusätzlich.

Die entwicklungspolitische Debatte um Industriepolitik als Instrument für Strukturwandel und Beschäftigung erhält

durch diese Entwicklungen eine neue Dimension. Beispielsweise verkürzen sich die Zeitfenster erheblich, in denen sich neue Industrien in Entwicklungs- und Schwellenländern etablieren können. Klassische Ansätze wie temporärer Schutz von Industriezweigen oder gezielte Förderung stoßen früher an Grenzen, weil die globalen Wettbewerbsbedingungen härter geworden sind.

Der begrenzte wirtschaftspolitische Handlungsspielraum vieler Länder verschärft die Situation. Handelspolitische Schutzmaßnahmen sind oft durch internationale Verpflichtungen eingeschränkt oder politisch schwer durchsetzbar. Hinzu kommt, dass die Länder oft hoch verschuldet sind und sich in engen wirtschaftlichen Abhängigkeiten befinden, nicht zuletzt auch von China. Letzteres gilt etwa für Sambia, das im Zuge seiner Schuldenkrise maßgeblich mit chinesischen Kreditgebern über eine Umschuldung verhandeln musste, oder Laos, dessen wirtschaftliche Entwicklung stark von chinesisch finanzierten Infrastrukturprojekten wie der China-Laos-Eisenbahn geprägt ist.

Gleichzeitig erfordert eine aktive Industriepolitik institutionelle Kapazitäten, langfristige Planung und fiskalische Ressourcen – Voraussetzungen, die vielerorts nur eingeschränkt vorhanden sind.

ANSATZPUNKTE FÜR EINE DIFFERENZIERTE STRATEGIE

Vor diesem Hintergrund benötigen Entwicklungs- und Schwellenländer eine differenzierte wirtschaftspolitische Strategie. Auf nationaler Ebene können selektive industriepolitische Maßnahmen dazu beitragen, Anpassungsprozesse aktiv zu steuern. Zeitlich begrenzte, an Leistungsziele geknüpfte Schutzmaßnahmen für strategische Sektoren können sinnvoll sein. Ebenso wichtig ist die Stärkung lokaler Wertschöpfung, etwa durch geeignete Qualifizierungsprogramme.

Die regionale Integration gewinnt dabei an Bedeutung. Größere Binnenmärkte – etwa im Rahmen der Afrikanischen

„Länder wie Vietnam oder Indonesien integrieren sich zwar erfolgreich in globale Lieferketten, verbleiben jedoch häufig in Produktionssegmenten mit geringerer Wertschöpfung.“

schen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) – eröffnen die Möglichkeit, Kostenvorteile durch steigende Produktionsmengen zu erreichen und die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren. Dies ist besonders relevant, da der innerafrikanische Handel bislang nur rund 15% des gesamten Außenhandels afrikanischer Länder ausmacht und damit deutlich hinter anderen Weltregionen zurückbleibt.

DIE ROLLE DER WTO

Auf internationaler Ebene könnten multilaterale Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO) dazu beitragen, Wettbewerbsverzerrungen transparenter zu machen und zugleich Entwicklungsländern ausreichend Spielraum für eigene industriepolitische Strategien zu erhalten. Mögliche Maßnahmen sind etwa strengere Transparenz- und Notifizierungspflichten für staatliche Subventionen und der Erhalt der Sonder- und Vorzugsbehandlung (Special and Differential Treatment – SDT) für Entwicklungs- und Schwellenländer.

Allerdings befindet sich die WTO derzeit in einer tiefen Krise. Ihr Streitschlichtungsgremium ist seit der Blockade durch die USA Ende 2019 nur eingeschränkt funktionsfähig. Zudem wird seit Jahren kritisiert, dass einzelne Mitgliedstaaten – insbesondere China – ihren Notifizierungspflichten bei Subventionen nicht immer vollständig oder fristgerecht nachkommen. Dies erschwert es der WTO, potenziell wettbewerbsverzerrende Maßnahmen zu überwachen.

Eine veränderte Wirtschaftspolitik in China selbst könnte ebenfalls Teil der Lösung sein. Bestehende Ungleichgewichte würden verringert, wenn China ein ausgewogeneres Wachstumsmodell anstrebte, insbesondere eine Verlagerung weg von exportorientierter Industrieexpansion hin zu stärker binnen- und dienstleistungsgetragenen Wachstum.

Eine solche Neuausrichtung der wirtschaftspolitischen Strategie ist allerdings aktuell nicht zu erwarten.

IMPLIKATIONEN FÜR DIE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Für Entwicklungsfinanzierer wie die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) gilt: Finanzierungen für private Investitionen in Industrie und Infrastruktur bleiben wichtig, entscheidend ist jedoch deren Qualität. Projekte sollten lokale Wertschöpfung stärken, Technologietransfer ermöglichen und qualifizierte, faire Beschäftigung schaffen. Ein besonderer Fokus sollte auf Investitionen liegen, die über reine Montage hinausgehen. Ebenso zentral ist die Förderung von Qualifikationen, damit Arbeitskräfte Zugang zu höherwertigen Tätigkeiten erhalten und technische Weiterentwicklungen umsetzen können.

Unterm Strich stellen die chinesische Exportpolitik und aktuelle Veränderungen in der Weltwirtschaft die Volkswirtschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern vor große Herausforderungen. Wie gut sie diese bewältigen, hängt entscheidend davon ab, inwiefern es ihnen gelingt, die kurzfristigen Chancen günstiger Importe zu nutzen, ohne die Grundlage für eine eigenständige industrielle Entwicklung zu untergraben.

LINK

Weltbank, 2026: Industrial policy for development: Approaches in the 21st century.



WOLFGANG KRIEGER

ist der Volkswirt der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, die Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern mit Krediten und Beteiligungen aus Eigenmitteln finanziert. Sie ist eine Tochtergesellschaft der KfW Bankengruppe.

presse@deginvest.de



Metro-Waggons, die aus China angekommen sind, werden im September 2025 in Bogotá verladen.

CHINA IN LATEINAMERIKA

Ein unerwarteter Schub für die Demokratie

*Kritiker*innen warnen davor, dass chinesische Infrastrukturprojekte die Demokratie in Lateinamerika untergraben könnten. Unsere Forschung deutet jedoch auf das Gegenteil hin.*

VON MARCELA IBÁÑEZ UND ALAIN SCHLÄPFER

Häfen, Staudämme, Autobahnen, Stromleitungen: Über zwei Jahrzehnte hinweg haben chinesische Unternehmen und Finanzierungen eine Region verändert, die lange als „Hinterhof Washingtons“ galt. Als die USA 2025 ihre Entwicklungshilfe in ganz Lateinamerika kürzten, sagte Peking eine Kreditlinie in Höhe von 9 Milliarden Dollar zu und rückte Schritt für Schritt an die Stelle der Vereinigten Staaten.

Die wirtschaftliche Bilanz fällt gemischt aus: Der Coca-Codo-Sinclair-Staudamm in Ecuador etwa zog wegen Baumängeln kostspielige Rechtsstreitigkeiten nach sich. Der Megahafen Chancay in Peru hingegen wickelte bereits im ersten Jahr Waren im Wert von 2 Milliarden Dollar ab und verkürzte die Transportzeit nach Asien um fast zwei Wochen. Jenseits der wirtschaftlichen Betrachtung verbindet diese Projekte jedoch etwas anderes: Sie sind für die Menschen vor Ort sichtbar, nachvollziehbar und politisch greifbar. Genau das weckte unser Interesse.

„Chinesische Projekte sind sehr sichtbar, und weil sie mit einem autoritären Staat in Verbindung gebracht werden, regen sie die Menschen dazu an, nicht nur über ihre eigene Regierung nachzudenken, sondern auch über das politische Modell, für das diese Regierung steht.“

Denn noch immer gibt es die weitverbreitete Sorge, dass die enge Zusammenarbeit mit einem autoritären Geber wie China auch autoritäre Strukturen normalisiere und demokratische Werte aushöhle. Unsere Datenanalyse zeigt für Lateinamerika jedoch ein gegenteiliges Ergebnis.

WACHSENDE UNTERSTÜTZUNG FÜR DEMOKRATIE

Für unsere Untersuchung kombinierten wir Standortdaten chinesischer Entwicklungsprojekte mit den Ergebnissen von Latinobarómetro-Umfragen aus fast zwei Jahrzehnten

in 18 Ländern. Insgesamt haben wir 940 subnationale Regionen analysiert, von denen 16% im Untersuchungszeitraum mindestens ein chinesisches Entwicklungsprojekt erhielten. Für jede Teilregion haben wir die demokratischen Einstellungen vor und nach der Ansiedlung eines chinesischen Projekts betrachtet und mit denen von Regionen verglichen, die nie ein solches Projekt erhielten. Auf diese Weise können wir die lokalen politischen Auswirkungen der Ansiedlung von allgemeineren nationalen Trends trennen.

Das Ergebnis war eindeutig: Die Unterstützung für die Demokratie nahm kurz nach Beginn der Projekte zu und blieb selbst zehn Jahre später noch auf einem höheren Niveau. Kein anderer Geber zeigte einen vergleichbaren Effekt. Weder US-amerikanische Entwicklungsgelder noch Kredite der Weltbank oder europäische Entwicklungsgelder führten zu ähnlichen Veränderungen der demokratischen Einstellungen.

Doch wie entsteht dieser Effekt? Wir sind zunächst der Hypothese nachgegangen, dass chinesische Projekte möglicherweise die Einkommen vor Ort erhöht hätten und dass wirtschaftlich bessergestellte Menschen stärker zu demokratischen Werten neigen. Dafür fanden wir jedoch keine Hinweise. Die Projekte verbesserten weder die Einschätzung der eigenen finanziellen Lage noch die allgemeine Lebenszufriedenheit der Befragten. Ebenso wenig deuten die Daten darauf hin, dass die Menschen China als geopolitische Bedrohung wahrnahmen und sich deshalb stärker den USA zuwandten. Weder die Einstellung gegenüber China noch jene gegenüber den Vereinigten Staaten veränderte sich nennenswert.

DIE METRO ALS SPIEGEL

Um diese Reaktion besser zu verstehen, haben wir Fokusgruppengespräche in Bogotá geführt. Dort läuft derzeit eines der größten chinesischen Infrastrukturprojekte Lateinamerikas. Die kolumbianische Hauptstadt versucht bereits seit den 1940er-Jahren, eine Metro zu bauen. Doch eine Regierung nach der anderen scheiterte daran, dieses Versprechen einzulösen, unter anderem wegen Korruption und fehlender politischer Kontinuität. Die derzeit entstehende Hochbahn, die sich auf Stelzen über den Straßen durch die Stadt zieht, wird von einem chinesischen Konsortium gebaut und ist inzwischen zu rund drei Vierteln fertiggestellt. Wie also nehmen die Menschen vor Ort das Projekt wahr?

Fast alle Teilnehmenden wussten, dass die Metro von einem chinesischen Konsortium gebaut wird. Sie bewerteten das Vorhaben überwiegend positiv. „In China bauen sie eine Brücke in einer Woche“, sagte ein Teilnehmer. Einige verwiesen auf den sichtbaren Baufortschritt und beschrieben die Baufirmen als „ernsthafte Leute“, die „ihre Arbeit machen“.

Gleichzeitig war den Befragten bewusst, dass China politisch ganz anders funktioniert als Kolumbien. Ein Teilnehmer bezeichnete China als „kommunistischen Staat“, der „sogar darüber entscheidet, ob man Kinder haben darf oder nicht“, und sprach von der „Unterdrückung persönlicher Freiheit“.

Bemerkenswert war jedoch vor allem, wie schnell sich das Gespräch von China auf Kolumbien verlagerte. Statt sich auf China zu fokussieren, nahmen die Teilnehmenden die Metro als Anlass, um ihre eigene Regierung zu beurteilen. Einer der Befragten brachte es so auf den Punkt: „Ohne die Chinesen würden wir wahrscheinlich immer noch darüber reden, wie korrupt das Metroprojekt ist, oder warum es nie gebaut wurde.“

Chinesische Projekte werden so zum Spiegel der Innenpolitik. Gerade weil sie so sichtbar sind und mit einem autoritären Staat verbunden werden, regen sie die Menschen dazu an, über die eigene Regierung nachzudenken. In Kolumbien, wo die demokratischen Institutionen vergleichsweise stabil sind, konzentriert sich diese Reflexion vor allem auf Korruption und die Kompetenz der Regierung. Doch was geschieht dort, wo Regierungen selbst autoritäre Züge tragen? Verlagert sich der Vergleich dann von der Kompetenz hin zur Demokratie selbst?

EIN BEZUGSPUNKT, KEIN VORBILD

Genau darauf deuten unsere Ergebnisse hin. Der demokratiefördernde Effekt ist am stärksten in Wahlautokratien wie Venezuela unter Hugo Chávez und Nicolás Maduro oder Nicaragua unter Daniel Ortega. Dort haben die autoritären Regierungen enge Beziehungen zu China. Chinesische Infrastrukturprojekte gehen in diesen Ländern einher mit einer höheren Zustimmung zu der Aussage, Demokratie sei jeder anderen Staatsform vorzuziehen – und zwar um rund fünf Prozentpunkte. Gleichzeitig sinkt das Vertrauen in staatliche Institutionen wie die Präsidentschaft, den Kongress, die Justiz, die Polizei und das Militär.

In Wahldemokratien fällt der Effekt geringer aus. Dort steigt die Unterstützung für die Demokratie nur um etwas mehr als zwei Prozentpunkte. In gefestigten Demokratien lässt sich gar kein vergleichbarer Effekt feststellen. Je autoritärer die jeweilige Regierung, desto stärker fällt die demokratische Gegenreaktion aus. Dort, wo Regierungen sich ausdrücklich als sozialistisch verstehen, erstreckt sich dieser Effekt auch auf wirtschaftspolitische Einstellungen. Die Befragten sprechen sich dort häufiger für freie Märkte und private Unternehmen aus.

Im Unterschied zu Handels- oder Finanzströmen sind Infrastrukturprojekte sichtbar. Die Bevölkerung weiß, wer sie gebaut und ins Land geholt hat. Solche Projekte werden so also zu einem Maßstab, um die eigene Regierung zu bewerten. In Kolumbien betrifft diese Bewertung vor allem

Aspekte von Kompetenz und Korruption. In autoritärer regierten Ländern richtet sie sich zunehmend auf das gesamte politische System.

Bis heute ist die Sorge verbreitet, Gelder aus Peking normalisierten schleichend die Vorstellung, dass Demokratie letztlich etwas Verzichtbares sei. Unsere Ergebnisse zeichnen jedoch ein differenzierteres Bild. Chinesische Projekte sind sehr sichtbar, und weil sie mit einem autoritären Staat in Verbindung gebracht werden, regen sie die Menschen dazu an, nicht nur über ihre eigene Regierung nachzudenken, sondern auch über das politische Modell, für das diese Regierung steht. Zumindest in Lateinamerika scheint diese Reflexion demokratische Überzeugungen eher zu stärken als zu schwächen.

QUELLE

Ibáñez, M. und Schläpfer, A., 2026: Authoritarian aid and democratic attitudes. Backlash, not diffusion.



MARCELA IBÁÑEZ

ist Politikwissenschaftlerin an der Universität Zürich.

ibanez@ipz.uzh.ch



ALAIN SCHLÄPFER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Center on Democracy, Development and the Rule of Law der Stanford University.

alainsch@stanford.edu